

Eine geopolitische Akteurslandkarte

# Der Einfluss externer Akteure auf dem Westbalkan



# Inhalt

- 2 | Inhalt
- 3 | Einleitung: Der Westbalkan im Fokus externer Akteure  
*von Dr. Lars Hänsel und Florian C. Feyerabend*
- 9 | Albanien  
*von Walter Glos*
- 16 | Bosnien und Herzegowina  
*von Dr. Karsten Dümmel*
- 20 | Kosovo  
*von Johannes D. Rey*
- 25 | Kroatien  
*von Dr. Michael Lange*
- 31 | Mazedonien  
*von Johannes D. Rey unter Mitarbeit von Prof. Zoran Ilievski,  
Dr. Siniša Aleksoski und Davor Pašoski*
- 36 | Rumänien  
*von Dr. Dr. Hans Martin Sieg*
- 40 | Serbien und Montenegro  
*von Norbert Beckmann-Dierkes*
- 50 | Der geopolitische Kontext



## **Einleitung: Der Westbalkan im Fokus externer Akteure**

*von Dr. Lars Hänsel und Florian C. Feyerabend*

Liebe Leserinnen und Leser,

ein Gespenst geht um auf dem Westbalkan – das Gespenst der Geopolitik. Erneut drohe die Region zum geostrategischen Schachbrett externer Akteure zu werden, so vermehrt die warnenden Stimmen aus Brüssel und den westlichen Hauptstädten, als auch aus der Region selbst. Russland, China, die Türkei und die Golfstaaten gewinnen mit unterschiedlichen Ressourcenausstattungen, Intentionen und Interessen an Einfluss in dieser Enklave innerhalb der Europäischen Union – politisch, wirtschaftlich und kulturell. Sie stoßen vielfach in eine Lücke vor, welche die Vereinigten Staaten mit ihrer fortgesetzten geostrategischen Schwerpunktverlagerung hinterlassen haben und welche die europäische Staatengemeinschaft bislang nicht angemessen füllen konnte. Der Westen und hier primär die EU sind als dominierende Ordnungsmacht auf dem Westbalkan nicht länger unangefochten, die auf Konditionalität beruhende Erweiterungspolitik Brüssels stößt als Instrument scheinbar vielfach an ihre Grenzen.

Eine nüchterne Betrachtung und Bestandsaufnahme tut daher dringlich Not: Wie betrachten Politik, Staat und Zivilgesellschaft auf dem Westbalkan den Einfluss der Vereinigten Staaten und von Russland, China, der Türkei und den Golfstaaten? Vor welchem Hintergrund ist diese Wahrnehmung zu sehen? Welche Funktion und Rolle nehmen externe Akteure ein, was sind ihre Absichten, was sind ihre Interessen, welche Ressourcen stehen

ihnen zur Verfügung? Wo ergänzen sich diese Motivlagen mit europäischen und euroatlantischen Anliegen und Belangen, wo sind sie gegenläufig und bergen Konfliktpotential? Die vorliegende Publikation möchte Einblicke liefern in diesen Fragen und damit die deutsche Debatte zur Rolle externer Mächte auf dem Balkan substantiell unterfüttern. Unsere Auslandsmitarbeiter in den jeweiligen Einsatzländern haben dazu berichtet. Neben den Nicht-EU-Ländern des westlichen Balkans werden hierbei auch ergänzend Kroatien und Rumänien betrachtet.

Klar ist: Die Integration des Westbalkans in euroatlantische und europäische Strukturen ist bereits weit vorangeschritten, es existiert eine enge Vernetzung und Verflechtung. Mit Ausnahme Serbiens, das aber dennoch aktiv im Programm *Partnerschaft für den Frieden* partizipiert, streben alle Staaten der Region entweder in die NATO oder sind bereits Mitglied in der Nordatlantikallianz. Dreiundsiebzig Prozent des Außenhandels der Region werden mit Staaten der EU abgewickelt; europäische Länder sind die Hauptinvestoren in der Region; mit Ausnahme des Kosovos verfügen alle Länder über Visafreiheit für Reisen ihrer Bürger in die EU und die Regierungen aller sechs Nicht-EU-Mitgliedsstaaten des westlichen Balkans arbeiten aktiv an der Zielerreichung einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Sowohl die EU sowie die europäischen Staats- und Regierungschefs bekräftigen immer wieder das Beitrittsversprechen von Thessaloniki aus dem Jahr 2003.

Allerdings ist das Ziel der EU-Mitgliedschaft seit dem zuletzt erfolgten Beitritt Kroatiens 2013 für die Kandidatenländer in weitere Ferne gerückt, da bedauerlicherweise nicht nur die Reformfortschritte der Westbalkanstaaten hinter den Erwartungen zurückbleiben, sondern auch die EU mit internen Herausforderungen wie Populismus und Euroskeptizismus, der Gestaltung der Zukunft der Währungsunion, der Bewältigung der Migrationskrise und der Umsetzung des Brexit beschäftigt ist, sowie scheinbar unter allgemeiner „Erweiterungsmüdigkeit“ leidet. Als EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker daher zu Beginn seiner Amtszeit verkündete, dass es bis 2019 keine weiteren Aufnahmen geben werde, so sprach er zwar nur das Offensichtliche aus. Verstanden wurde es jedoch vielfach als ein Abrücken von der Erweiterungspolitik und als Manifestation der „*enlargement fatigue*“.

Mit freundlichem Desinteresse begegnete man somit der Region. Diese Entwicklungen und Aussagen blieben und bleiben nicht ohne Folgen: das Ansehen der EU innerhalb der Bevölkerungen der südosteuropäischen Staaten hat Schaden genommen. Eine jüngst im Rahmen des Balkanbarometer in den Westbalkanstaaten durchgeführte repräsentative Umfrage gibt durchaus Anlass zur Sorge: So glauben 28 Prozent der Befragten nicht mehr an einen EU-Beitritt und nur 42 Prozent bewerten eine angestrebte EU-Mitgliedschaft als positiv. Die EU hat somit teils auch aus eigenem Verschulden ein Image- und Glaubwürdigkeitsproblem. Vor diesem Hintergrund und in Verbindung mit ungelösten wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen in den Balkanländern richten Staaten und Gesellschaft folglich ihren Blick gen Osten – externe Akteure wie Russland, China, die Türkei und auch die Golfstaaten gewinnen an Einfluss.

Die Annexion der Krim durch Russland im März 2014 wie auch die Migrationskrise im Sommer 2015 rückten den Westbalkan wieder, wenn auch nicht ins Zentrum, so doch verstärkt ins Blickfeld der außenpolitischen Aufmerksamkeit des politischen Westens. Dies fand Ausdruck vor allen Dingen in dem bereits 2014 von Bundeskanzlerin Angela Merkel initiierten Berlin-Prozess und der jüngst vorgestellte Westbalkan-Strategie der EU, welche eine glaubhafte Erweiterungsperspektive bekräftigt, die Konditionalität unterstreicht und mit der Nennung des Jahres 2025 als indikatives Datum für einen möglichen Beitritt Serbiens und Montenegros konkretisiert. Hierdurch hält die EU die

Beitrittsperspektive lebendig und nimmt durch diese wichtigen politischen Signale die Herausforderung durch externe Akteure selbstbewusst an.

Die Einschätzung der Einflusszunahme und die Bewertung der Einflussfaktoren externer Akteure sind allerdings von Ambivalenz und Heterogenität geprägt. Die mithin größte Eindeutigkeit besteht aus westlicher Perspektive hinsichtlich der Einordnung und Bewertung der Rolle und Absichten der **Russischen Föderation**. Bei Moskau handelt es sich um einen traditionellen externen Akteur, der bereits seit dem 19. Jahrhundert auf dem Westbalkan mitmischte und über historisch gewachsene Beziehungen zu den Staaten der Region verfügt. Allerdings kann Russland heutzutage den Westbalkanstaaten keine überzeugenden Alternativen zur europäischen und euroatlantischen Integration anbieten. Auch die materiellen Gegebenheiten stehen in einem eklatanten Missverhältnis zur öffentlichen Wahrnehmung und politischem Einfluss. Denn wirtschaftlich spielt Russland keine signifikante Rolle auf dem Westbalkan: nur 6,6 Prozent der ausländischen Direktinvestitionen in der Region stammen aus Russland und der russische Anteil am regionalen Außenhandel beträgt 3,9 Prozent bei den Exporten bzw. 5,3 Prozent bei den Importen. Abhängigkeitsverhältnisse von Russland, wenn auch abnehmend, bestehen jedoch im Bereich der Energieversorgung.

In der Gesamtschau betrachtet stellt Südosteuropa im strategischen Denken Moskaus nur einen Nebenschauplatz dar, wenn auch einen nicht zu unterschätzenden: Russlands außen- und sicherheitspolitische Prioritäten gelten dem sogenannten „Nahen Ausland“ (ближнее зарубежье), dem Nahen Osten sowie dem Verhältnis zu den Vereinigten Staaten (und dem Westen *in toto*). Den Westbalkan hingegen betrachtet Russland als Arena, in welcher es durch einen relativ geringen Mitteleinsatz vorwiegend „weicher“ und geheimdienstlicher Methoden signifikante Effekte erzielen kann, mit der Zielsetzung einer Ablenkung, Schwächung und Spaltung der westlichen Staatengemeinschaft. Verfolgt der Kreml im „Nahen Ausland“ die Verhinderung einer „Einkreisung“ (aus russischer Sicht) sowie eine Wiederherstellung der russischen Einflussosphäre und verfügt hierbei auch über alternative Integrationsmodelle wie die Eurasische Union und die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (CSTO), so stellt sich die Politik auf dem Westbalkan dar als die eines „Störenfrieds“ dar: ohne klar erkennbare langfristige und konstruktive Strategie, primär destruktiv und auf die Schaffung von Instabilität setzend. Taktisch geschickt und mal mehr subtil, mal offen, nutzt Russland jede sich bietende Gelegenheit, die Fragilität der politischen Systeme und der zwischenstaatlichen Beziehungen zum eigenen Vorteil zu instrumentalisieren. Hierbei bedient man sich der Kultivierung von „panlawischer Völkerfreundschaft“ und orthodoxer Glaubensgemeinschaft, Symbolpolitik, der Unterstützung bestimmter Parteien und politischen Gruppierungen sowie gezielter Öffentlichkeitsarbeit mittels moskaufreundlicher Medien. Dabei verschwimmen die Grenzen zu Propaganda und Desinformation. Dass offenbar auch vor Diversion, Konspiration und Sabotage nicht zurückgeschreckt wird, verdeutlichte der gescheiterte Umsturzversuch vom 16. Oktober 2016 in Montenegro. Der Westbalkan stellt somit nach Ansicht kundiger Beobachter eine Arena dar, in welcher derzeit bereits eine Auseinandersetzung zwischen dem Westen und Russland mittels hybrider Kriegsführung stattfindet.

Was die **Volksrepublik China** angeht, so war das „Reich der Mitte“ noch vor wenigen Jahren als Akteur auf dem Balkan weitestgehend unsichtbar und wenig bedeutend. Dies änderte sich erst mit der Ankündigung und beginnenden Umsetzung der „One Belt, One Road Initiative“ (OBOR), jener im September 2013 von Präsident Xi Jinping der Öffentlichkeit vorgestellten ambitionierten internationalen Investitionsstrategie, einer neuen Seidenstraße zwischen China und den Märkten Europas, sowie dem bereits 2012 ins Leben

gerufenen Format „16 plus 1“ (CEEC) zur Zusammenarbeit mit den Ländern Mittel- und Südosteuropas. Dem Westbalkan kommt hierbei eine geostrategische Schlüsselrolle zu, da die Region aus chinesischer Perspektive als Zugangstor zu dem Markt der Europäischen Union und als Landbrücke zwischen dem in chinesischen Besitz befindlichen Hafen von Piräus und Mitteleuropa angesehen wird. Vor diesem Hintergrund hat Peking begonnen den bilateralen Handel mit den Ländern der Region zu steigern und in den Ausbau von Transport- und Energieinfrastruktur sowie ausgewählte strategische Industrien der Länder des westlichen Balkans zu investieren. So versprach Peking bei dem jüngsten „16 plus 1“ Gipfel im November 2017 in Budapest zusätzliche Finanzierungshilfen für Investitionen und Entwicklungsprojekte in der Region in Höhe von drei Milliarden US-Dollar. Insbesondere bei den Staaten des westlichen Balkans, die zu den wirtschaftlich Schwächsten Europas zählen und daher auf scheinbar günstige Finanzierungsmöglichkeiten und Direktinvestitionen angewiesen sind, trifft China daher auf geringe Vorbehalte. Und auch wenn das Handelsvolumen in absoluten Zahlen betrachtet und relativ zu anderen Akteuren wie der EU noch gering ist, so lässt sich auch hier eine bemerkenswerte Dynamik feststellen: So haben sich Chinas Exporte nach Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Montenegro und Serbien zwischen 2004 und 2014 mehr als verdoppelt, während sich im gleichen Zeitraum die Importe mehr als versiebenfachten.

Die Bewertung der Rolle Chinas ist dabei aus europäischer und deutscher Perspektive durch Ambivalenz gekennzeichnet. Denn durch alternative Finanzierungsmöglichkeiten, signifikante Investitionen im wirtschaftlich schwachen Westbalkan und die Umsetzung von Infrastrukturvorhaben werden – wenn auch im klaren Wettbewerb mit europäischen Akteuren – einerseits wichtige Impulse für die wirtschaftliche Modernisierung, Wettbewerbsfähigkeit, das Wirtschaftswachstum und die Konnektivität der Region gegeben. Zudem tritt Peking als „Stabilisator“ und somit augenscheinlicher Verbündeter der EU in Erscheinung, da die Integration in europäische Strukturen Zustimmung erfährt und eine Destabilisierung der vielfach als Pulverfass Balkan beschriebenen Region im Gegensatz zu anderen externen Akteuren angesichts der langfristigen Investments nicht im wirtschaftlichen und strategischen Eigeninteresse liegt. Andererseits befürchtet man in Washington, Brüssel und Berlin, dass das wirtschaftliche Engagement nicht so unschuldig sein mag, wie es auf den ersten Blick erscheint und eines Tages in politisches Kapitel umgemünzt werden könnte. Fragezeichen bestehen weiterhin im Bezug auf die langfristigen Ziele und Absichten Chinas. Denn die EU setzt neben Stabilität auch auf demokratische und marktwirtschaftlich Transformation und „good governance“. Die wirtschaftlichen Praktiken Chinas hingegen genügen vielfach nicht den europäischen Maßstäben und Standards, sie drohen die Konditionalität und regulatorische Normen der EU zu unterlaufen und die Korruptionsanfälligkeit in der Region insgesamt zu erhöhen. Auch droht mit der Annahme von chinesischen Krediten für große Infrastrukturvorhaben, meist bereitgestellt durch die *China Exim Bank*, eine finanzielle Abhängigkeit und Schieflage. Somit wird sich die zunehmende wirtschaftliche Macht Pekings auf lange Sicht betrachtet auch in einer Zunahme des politischen Einflusses bemerkbar machen. Für die in Sachen China ohnehin bereits uneinige EU wären dies eine weitere Herausforderung.

Die **Türkei** als ein traditioneller externer Akteur in Südosteuropa hat in den letzten zwei Jahrzehnten den Westbalkan außenpolitisch wiederentdeckt. Bis zu den Balkankriegen 1912/1913 beherrschte die „Hohe Pforte“ über Jahrhunderte die Region, welche unter der Bezeichnung Rumelien integraler Bestandteil des Osmanischen Reichs war. Erst nach dem Ende des Kalten Krieges wurde die Türkei dann mit ihrem Engagement für die Bosniaken und später für die Kosovo-Albaner während der Balkankriege des ausgehenden

20. Jahrhunderts erneut zu einem ernstzunehmenden Akteur auf der Landkarte des Westbalkans. Mit der Regierungsübernahme durch die AKP rückte die westliche Nachbarschaft im Zuge der vom vormaligen außenpolitischen Vordenker Ahmet Davutoglu verkündeten „Null Probleme mit den Nachbarn“-Politik in den Fokus Ankaras. Das Engagement der Türkei wird dabei unterschiedlich bewertet. Unterstützt Ankara – immerhin selbst NATO-Mitglied und (weiterhin) EU-Beitrittskandidat – zwar offiziell die euroatlantische und europäische Integration des Westbalkans, so verfolgt es jedoch auch zugleich eine eigenständige „neo-osmanische“ Außenpolitik mit dem Ziel der Schaffung einer Interessensphäre. Die Ressourcen Ankaras sind dabei neben wirtschaftlichen Aktivitäten insbesondere im Handel, dem Bankenwesen, dem Baugewerbe, der Telekommunikationsbranche und der kritischen Infrastruktur (z.B. Flughäfen Prishtina, Skopje, Ohrid, Zagreb) primär im Bereich der *softpower* und der über Jahrhunderte gewachsenen, und nun gezielt ausgebauten kulturellen und religiösen Verbindungen zu verorten.

Während Moskau sich als Patron des Panslawismus versteht, betonte Ankara bislang seine Rolle als Schutzherr der Muslime auf dem Balkan und pflegte besondere Beziehungen zu den mehrheitlich muslimischen Staaten Albanien, Bosnien und Herzegowina und dem Kosovo, den muslimischen Gemeinden in Mazedonien, Montenegro und dem serbischen Sandžak sowie zu den ethnischen Parteien der muslimischen Volksgruppen. Hier galt Ankara lange Zeit als Vorbild für ein demokratisch-muslimisches Entwicklungs- und Regierungsmodell mit Westbindung. Spätestens mit den innenpolitischen Entwicklungen in Folge des gescheiterten Staatsstreichs vom Juli 2016 ist die demokratische Strahlkraft Ankaras weitestgehend erloschen, stattdessen entwickelt sich die Türkei nun zunehmend wie auch Russland und China als für bestimmte Akteure attraktives Modell autoritärer Herrschaft. Zudem ist ein Ausbau der diplomatischen und wirtschaftlichen Aktivitäten der Türkei in nicht-muslimischen Staaten des Westbalkans feststellbar, wie das jüngst abgeschlossene Freihandelsabkommen mit Serbien unterstreicht. War die Türkei lange Zeit aus westlicher Sicht ein „Stabilisator“, so ist sie heute in vielfacher Hinsicht ein „Wettbewerber“ des Westens auf dem Balkan – mit teils undurchsichtigen Absichten.

Die Gruppe der **Golfstaaten** *in toto*, das heißt in erster Linie Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Katar und Kuwait, ist ein relativ junger Akteur auf dem Westlichen Balkan. Ihr Engagement lässt sich zurückführen auf die Unterstützung für die Muslime (Bosniaken, Albaner) während der Jugoslawienkriege der 1990er Jahre, als man durch Waffenschmuggel, die Entsendung von freiwilligen Kämpfern und humanitäre Hilfe den muslimischen Glaubensbrüdern Beistand leistete. Nach Ende der Kriege wurden vielfach religiöse Stiftungen aktiv, die sich für den Bau von Moscheen, Schulen und die Verbreitung einer Islamauslegung im Sinne des dem Balkan traditionell fremden Wahabismus einsetzten. Hierbei gab es auch Verbindungen zum transnationalen islamistischen Terrorismus, sowohl zur Al-Qaida als auch in jüngster Vergangenheit zu dem sog. Islamischen Staat (IS). Eine Konsequenz hiervon ist, dass Kosovo und Bosnien und Herzegowina in Europa mit die größte Anzahl an sogenannten *foreign fighters* im Vergleich zur Gesamtbevölkerung aufweisen. Der Einfluss der Golfstaaten ist heute aber längst nicht mehr nur auf den religiös-kulturellen Bereich beschränkt. Verstärkt tätigen die arabischen Staaten auch wirtschaftliche Investments, insbesondere in den Bereichen Tourismus, Baugewerbe (z.B. Belgrade Waterfront), Landwirtschaft, Luftfahrt (hier: Air Serbia) und Militärtechnologie, und treten als Geldgeber auf, sei es durch Darlehen oder großzügige Entwicklungshilfe. Das wirtschaftliche Engagement ist hierbei keinesfalls auf die muslimischen Länder des Westbalkans konzentriert. Wie im Falle Chinas sieht man den Westbalkan als Zugangstor zum Markt der Europäischen Union, und wie im Falle Chinas erhöhen die intransparenten Handels- und Vergabepraktiken im Umgang mit den Golfstaaten auch die Korruptionsanfälligkeit in der Region. Die Förderung radikalislamischen Gedankenguts und

Unterstützung durch nicht-staatliche Akteure für dschihadistische Netzwerke schwächt die Resilienz der muslimischen Gesellschaften und stellt eine Gefahr für die europäische Sicherheit und damit auch Deutschlands dar.

Es ergibt sich also ein durchaus differenziertes Lagebild: Es existiert eine enge Vernetzung und Verflechtung aller Länder des westlichen Balkans mit euroatlantischen und europäischen Strukturen. Zudem dominieren Staaten der Europäischen Union den Warenverkehr und die Investitionen in der Region. Allerdings gewinnen zugleich externe Akteure an Einfluss in dieser Enklave innerhalb der Europäischen Union. Nicht jedes Engagement ist dabei als die Resilienz der Staaten gefährdend oder gar illegitim zu bewerten. Achtsamkeit und eine aktive Annahme der Herausforderung sind jedoch das Gebot der Stunde für Deutschland und die EU.

Die vorliegende Studie ermöglicht daher in erster Linie einen fundierten Überblick über die umfassenden Aktivitäten externer Akteure auf dem Westbalkan, deren Funktion und Rolle, ihre Absichten und Interessen, sowie die dabei zur Verfügung stehenden Ressourcen. Dabei wird auch auf die lokalen und regionalen Wahrnehmungen und Befindlichkeiten eingegangen und eine Bewertung des Engagements aus europäischer und deutscher Perspektive vorgenommen. Damit ist die Studie gleichzeitig Teil unserer vielfältigen Aktivitäten und Projekte zur Unterstützung demokratischen und rechtsstaatlichen Entwicklung und europäischen Integration der Länder des westlichen Balkans sowie zur Förderung des Dialogs zu außen- und sicherheitspolitischen Themen in Deutschland.

Eine anregende Lektüre und interessante Einblicke wünschen Ihnen

*Dr. Lars Hänsel*  
*Leiter des Teams Europa/Nordamerika*  
*Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.*

*Florian C. Feyerabend*  
*Referent Südosteuropa/Westlicher Balkan*  
*Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.*



## Albanien

von Walter Glos

### Euroatlantische und europäische Integration

Albanien ist NATO-Vollmitglied (2009), EU-Beitrittskandidat (2014) und erwartet, dass dieses Jahr die EU-Beitrittsverhandlungen eröffnet werden. Das Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen ist bereits 2009 in Kraft getreten und seit 2010 genießen albanische Staatsbürger das Recht auf EU-Visafreiheit. Der Integrationsprozess kommt nur langsam voran, insbesondere im Kampf gegen Korruption, die organisierte Kriminalität und die vollständige Umsetzung der Justizreform. Nach dem Ergebnis des letzten OSZE/ODIHR-Berichtes verzeichneten Parlamentswahlen von 2017 einen minimalen Fortschritt, im Vergleich zu den Wahlen in 2013 und 2015. Die albanische Bevölkerung wünscht sich, dass die EU den Beginn der Beitrittsverhandlungen ermöglicht, denn über 90 Prozent der albanischen Bürgerinnen und Bürger unterstützen die EU-Integration ihres Landes. Albanien ist seit 1992 Mitglied der Islamischen Konferenz und seit 1995 Mitglied des Europarates.

### Welche Funktion und Rolle nehmen die externen Akteure ein?

Die wichtigsten Akteure mit Einfluss auf Albanien sind die EU und die USA sowie die Länder der Region – Italien, Griechenland und die Türkei. Auf einer breiteren Ebene gibt es auch andere interessierte Akteure, wie Russland, China und die arabischen Länder. Laut dem nationalen Sicherheitsstrategiepapier Albaniens (2014-2019), sind die EU und

die USA die strategischen Hauptpartner; Russland wird als Bedrohung empfunden, während Italien, Griechenland und die Türkei als strategische Partner in der Region angesehen werden.

Albanien pflegt seit 1991 spezifische und sehr enge Beziehungen zu den **Vereinigten Staaten**, insbesondere bei den Kernfragen der Demokratie, des Rechtsstaates, der Menschenrechte, des Terrorismus und der Sicherheit. Die USA hat eine dominierende Rolle bei den politischen albanischen Entscheidungen und alle politischen Parteien stehen im Wettbewerb um die amerikanische Unterstützung. Der Einfluss der USA im politischen und öffentlichen Leben ist äußerst groß. Die amerikanischen Botschafter genießen das Ansehen eines Regierungsgouverneurs im Land. Die USA werden als Verteidiger der nationalen Interessen der Albaner gesehen, insbesondere für die Albaner im Kosovo. Im Dokument über die nationale Sicherheitsstrategie (2014-2019) werden die Beziehungen zu den USA als strategischer Partner und Faktor von grundlegender Bedeutung für die Festigung der Demokratie, des Friedens, der Entwicklung und der Integrationsprozesse für das Land und die Region betrachtet. Zwischen den beiden Ländern gibt es 27 Abkommen und Verträge. Der Besuch des US-Präsidenten Bush im Jahr 2007 in Tirana, wird als bisheriger Höhepunkt der Beziehungen zwischen den beiden Ländern gesehen. Die USA unterstützen den EU-Beitritt Albanien, den demokratischen Prozess und die Rechtsstaatsentwicklung.

Die **Russische Föderation** hat keinen Einfluss auf politische Entscheidungen in Albanien; die offizielle Zusammenarbeit ist minimal. Zwischen den beiden Ländern gibt es seit Jahren keinen Austausch von Delegationen auf der höchsten Ebene und Albanien hat den Vertrag der Freundschaft und der Zusammenarbeit mit Russland noch nicht unterzeichnet. Der innere Einfluss auf nicht-politischer Ebene wächst im Vergleich zu vor 10 Jahren, vorwiegend durch die Sozialen Medien und die russischen Sprachkurse, die von der russischen Seite kostenlos angeboten werden. Keine der wichtigen politischen Parteien äußerte sich bisher öffentlich positiv über Russland. Der indirekte Einfluss von Russland im Kosovo, Mazedonien und Montenegro, wo Albaner leben, beeinflusst auch die Aufmerksamkeit und die kritische Haltung Tiranas gegenüber Russland. Russland wird in Albanien als die traditionelle Schutzmacht der orthodoxen Slaven wahrgenommen. Die russische Unterstützung für Serbien trübt die Beziehungen mitunter. Die russische Regierung ist kritisch gegenüber der albanischen Politik und der Rolle Albanien in der Region. Russland zielt darauf ab, die albanische Rolle zu schwächen und schürt kritische Thesen, dass Albanien gegenüber den USA und der EU bedingungslos gehorsam sei. Russland hat Albanien's Haltung im Rahmen der EU-Sanktionen gegen Moskau im Jahr 2015 heftig kritisiert.

Die **Volksrepublik China** hat insbesondere die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Albanien erhöht. Nach dem Tod Stalins und Beendigung der engen Partnerschaft zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik Albanien, suchte Albanien nach einem neuen Verbündeten und fand diesen in China. Zwischen 1968 und 1976 waren die sino-albanischen Beziehungen insbesondere im wirtschaftlichen Bereich stark ausgeprägt. Mit der allmählich einsetzenden Öffnung Chinas fand allerdings auch diese Partnerschaft mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen 1978 ein jähes Ende. Seit 2001 ist wieder eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Albanien und China zu beobachten, die sich hauptsächlich aber nicht ausschließlich auf die Bereiche Wirtschaft und Infrastruktur bezieht. Diese findet insbesondere im Rahmen der auf chinesische Initiative zurückgehenden „16+1“-Kooperation und dem „One Belt, One Road“-Projekt statt. Zwischen den beiden Ländern gab es hochrangige gegenseitige Besuche (Vizeministerpräsidenten, Minister). China hat zwei der größten Investitionen in Albanien übernommen:

den einzigen internationalen Flughafen in Tirana/Rinas und das größte Erdölunternehmen "Bankers Petroleum". Weitere Aktivitäten erstrecken sich auf den Bereich der Informatik, im Energiebereich und im Schiffstransport. Die albanische Regierung hat China einige Male dazu eingeladen, einige der größten Infrastrukturprojekte im Land zu übernehmen. Die wichtigen politischen Parteien haben die gleiche positive Haltung gegenüber China. Auch der chinesische kulturelle Einfluss verzeichnet einen leichten Zuwachs. Im Jahr 2013 wurde an der Universität Tirana und im Jahr 2017 an der Universität in Durres ein Konfuzius-Institut eingerichtet. Dort wird die chinesische Kultur und Sprache verbreitet. China betrachtet Albanien als "seine notwendige Partnerin in Europa".

Die **Golfstaaten** haben in Albanien einen doppelten Einfluss. Zum einen im Bereich der wirtschaftlichen Interessen und im religiösen Aspekt. Im letzten Jahrzehnt gab es einen Austausch hochrangiger Besuche (Präsident, Parlamentspräsident), insbesondere mit Katar, Kuwait und in den Vereinten Arabischen Emiraten. Nach dem Sturz des Kommunismus konzentrierte sich ihr Einfluss in Albanien auf die Errichtung von Religionseinrichtungen, zum Teil in Rivalität mit der Türkei. Die Golfstaaten haben enorm in Infrastruktur und Tourismus investiert. Ein neuer Flughafen wurde in Kukes, an der Grenze zum Kosovo, mit einer Finanzierung durch die Vereinten Arabischen Emirate gebaut. Mit Katar gab es in den letzten Jahren Konsultationen auf höchster Ebene (die beiden letzten albanischen Staatspräsidenten, zwei Ministerpräsidenten und einige Minister haben Doha besucht).

In der nationalen Sicherheitsstrategie von 2014 wird die **Türkei** gemeinsam mit Italien und Griechenland als strategischer Partner betrachtet. Die Türkei ist der viertgrößte Partner bei den ausländischen Investitionen in Albanien. Diese Investitionen betragen mehr etwas als 4,0 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für das Jahr 2016. Die Türkei pflegt historische Beziehungen zu Albanien wegen der osmanischen Erbes und sie hat sich stets bemüht, diese Tradition für ihre Präsenz und ihren Einfluss in der Außenpolitik und bei den religiösen Angelegenheiten zu nutzen. Sie unterstützt Institutionen, Stiftungen, Projekte und Investitionen vor allem mit religiösem Hintergrund, einschließlich der Errichtung der größten Moschee in Albanien (in Tirana). Sie verfolgt in der Politik wie in der Wirtschaft das Ziel, mit den griechischen und italienischen Interessen im Land zu konkurrieren. Der türkische Präsident, Erdogan, pflegt und pflegte persönliche Beziehungen mit jedem der albanischen Ministerpräsidenten. Die Türkei verfügt in Albanien über ein breites Netz von privaten Investitionen, einschließlich Banken und Produktionen und es bestehen 12 Städtepartnerschaften von albanischen mit türkischen Städten.

## Was sind die langfristigen Ziele und Interessen der Akteure?

Die **USA** haben als Priorität die demokratische Stabilität und die politische Rolle Albaniens in der Region. Als NATO-Vollmitglied hat Albanien auf Antrag der USA Soldaten in die Missionen im Irak und Afghanistan entsandt und es unterstützt jede amerikanische Position bei den Sicherheitsfragen. Albanien bzw. das albanische Volk werden als der Staat bzw. das Volk am Balkan gesehen, das am stärksten proamerikanisch orientiert ist. Die USA sind auf die Stärkung des Justizsystems fokussiert, um die Bedrohungen, die von der organisierten Kriminalität und dem Rauschgiftschmuggel ausgehen, einzudämmen. Ein Augenmerk liegt auch auf der Beobachtung von möglichen extremistischen islamischen Gruppen in Albanien. Im wirtschaftlichen Bereich haben die USA Interesse an der Erdgaspipeline TAP und anderen großen regionalen Projekten gezeigt. Der Handelsaustausch zwischen den beiden Ländern ist jedoch relativ gering.

**Russland** zielt darauf ab, die Beziehungen zurückzugewinnen, die es in Albanien in den Jahren 1948-1961 hatte. Der gesamte Balkan wird primär unter geopolitischen Gesichtspunkten betrachtet. Vor diesem Hintergrund ist man bemüht den US-amerikanischen Einfluss zu minimieren und steht somit auch einer EU-Integration Albanien ablehnend gegenüber. Russland kann Albanien jedoch keine realistischen attraktiven Alternativen anbieten, insofern spielt Russland weder wirtschaftlich noch energiepolitisch eine relevante Rolle in Albanien.

Die **Volksrepublik China** verfolgt primär langfristige wirtschaftliche Ziele in Albanien und im Westbalkan. Diese Subregion stellt einen wichtigen Korridor in Pekings neuer Seidenstraße („One Belt, One Road“) dar und China investiert daher vorwiegend in Infrastrukturprojekte. Anders als Russland steht man einer EU-Integration Albanien nicht ablehnend gegenüber, da diese Stabilität und Marktanbindung bedeutet.

Die **Anrainerstaaten des Persischen Golfes** sind daran interessiert, ihren religiösen Einfluss zu erhöhen, dies vor dem Hintergrund, dass die Mehrheit der Bevölkerung dem muslimischen Glauben angehört und Albanien Mitglied der Islamischen Konferenz ist. Ansonsten liegt das Interesse primär auf wirtschaftlichen Investitionen im südlichen Küstengebiet.

Die **Türkei** ist daran interessiert, ihre politische, wirtschaftliche, religiöse und kulturelle Präsenz zu erhöhen. Die Türkei geht davon aus, dass Albanien ihren politischen Kurs verfolgt und versteht sich als Verteidiger der Albaner gegenüber den griechischen oder slawischen „Gefahren“.

### Über welche Ressourcen verfügen die externen Akteure?

Die **USA** nehmen sehr starken Einfluss durch die Regierung und ihre Programme, besonders durch USAID und die Umsetzung der Justizreform. Die USA haben eine dominierende Rolle in Fragen der Sicherheit, der Verteidigung, der Demokratie und Menschenrechte. Nach den Verfassungsveränderungen von 2016 in Albanien haben amerikanische Experten einen breiten Zugang im Kampf gegen die organisierte Kriminalität und die Korruption. Jährlich besuchen Albanien fünf bis sechs hochrangige Delegationen (Kongressabgeordnete, Senatoren, Vertreter des Außenministeriums usw.) Der Sender „Voice of America“ hat eine beträchtliche Wirkung in der Öffentlichkeit in Albanien

**Russland** nutzt die alten Verbindungen aus der kommunistischen Zeit aus und pflegt die Kontakte zu der albanischen Generation, die damals in der Sowjetunion ausgebildet wurde. Sie nutzt auch die starken Beziehungen zu Serbien, um in der Region inklusive Albanien Einfluss geltend zu machen. Moskau investiert im Bildung- und Kulturbereich und hat seine Präsenz in den Medien durch periodische, wöchentliche Sendungen und Beiträge auf Albanisch sichtbar erhöht.

**China** benutzt das albanische Interesse an Investitionen, um sein wirtschaftliches Engagement in Albanien und in der Region zu erhöhen. Es hat auch seine kulturellen Aktivitäten ausgeweitet und den Austausch offizieller Delegationen verstärkt. Jährlich führen Regierungsdelegationen gegenseitige Besuche durch.

Die **Golfstaaten** nutzen die Religionsgruppen und ihr wirtschaftliches Potential, um ihren religiösen und wirtschaftlichen Einfluss in der Region zu erhöhen. Durch religiöse und humanitäre Stiftungen haben sie insbesondere in den ländlichen Gebieten hunderte von

religiösen Einrichtungen gebaut. In einzelnen Fällen wird bestätigt, dass Gemeinden von extremistischen Ideen beeinflusst werden.

Die **Türkei** benutzt die historischen und kulturellen Verbindungen, um ihren Einfluss auf Albanien und der Region wieder zu beleben. Ankara nutzt dazu politische, diplomatische, bildungspolitische, kulturelle, religiöse und wirtschaftliche Mittel. Die Türkei unterhält Universitäten, ein Netz von Schulen, Stiftungen usw. und lädt jährlich zahlreiche albanische Delegationen zum Besuch in der Türkei ein. Die Türkei hat sich im Jahr 2017 vertraglich den Bau des neuen Flughafens in Vlora im Süden Albaniens gesichert.

## Die Wirtschaftsbeziehungen

Die wirtschaftlichen Beziehungen sind vielfältig. Die griechische Finanzkrise hat zum Beispiel den griechischen Einfluss in Albanien gesenkt, während die wirtschaftliche Stagnation in Albanien zu einer Orientierung hin zu den billigen türkischen und chinesischen Märkten geführt hat. Einige der großen internationalen Unternehmen haben ihr Eigentum an andere Staaten verkauft (z.B. Flughafen Tirana: Deutschland an China). Nach den Angaben des albanischen Institutes für Statistiken zeigen die ausländischen Investitionen im Jahr 2016 wie folgt aus:

Im Jahr 2016 war **China** mit 409,61 Mio. US-Dollar der drittgrößte Handelspartner nach Italien und Deutschland; die **Türkei** und Griechenland liegen gleichauf mit je 368,02 Mio. US-Dollar, die **USA** belegen den 9. Platz mit 87,83 Mio. Dollar, **Russland** auf Platz 10 mit 87,79 Mio. Dollar, **Saudi-Arabien** belegt den Platz 51 mit 5,43 Mio. Dollar, gefolgt von den **Vereinten Arabischen Emiraten** mit 5,36 Mio. Dollar; **Katar** ist auf Platz 61 mit 2,62 Mio. Dollar.

Im Jahr 2016 war Italien mit einem Importvolumen von 2.274 Mio € der größte Handelspartner; Deutschland belegt mit 460 Mio € vor **China** mit 438 Mio € den zweiten Platz. Den vierten Platz mit einem Gesamtwert von 427 Mio € belegt Griechenland gefolgt von der **Türkei** mit 364 Mio €. Die USA folgen mit 93 Mio. € vor **Russland** mit 82 Mio €. Die **Vereinten Arabischen Emirate** landen auf Platz 45, **Saudi-Arabien** auf Platz 60, **Katar** auf Platz 62, Kuwait auf Platz 114.

## Welche Akteure können als Gegner oder Gleichgesinnte eingestuft werden?

Auf der einer Seite sind die USA und die EU, auf der anderen Seite stehen Russland und die Türkei. Alle albanischen Politiker neigen dazu, enge Beziehungen zu den **USA** zu pflegen. Die drei wichtigsten politischen Führer, Ministerpräsident Edi Rama (Sozialistische Partei), der Oppositionschef Lulzim Basha (Demokratische Partei) und der ehemalige Parteivorsitzende der Sozialistischen Bewegung für Integration (jetzt Staatspräsident) Ilir Meta, haben im Jahr 2017 ca. 1 Mio. Euro für Lobbying in den USA investiert, um mehr Ansehen in der Administration des US-Präsidenten Trump zu erhalten. Alle drei waren pro Clinton im Präsidentschaftswahlkampf, doch nach dem Wahlsieg von Trump strebt jeder nach seiner Unterstützung. Albanien stimmte wie die EU gegen die Resolution über Jerusalem. Das war das erste Mal, in dem Albanien formell gegen die USA gestimmt hat. Dieses Votum riskierte für eine Mehrheit der Albaner nicht den proamerikanischen Kurs Albaniens.

Die **Europäische Union** hat großen Einfluss in Albanien. Die Albaner sind mehrheitlich für die EU-Integration des Landes, deshalb sind die Rolle und das Gewicht der EU im politischen Leben wesentlich. Jede Partei ist pro-EU und jede Erklärung bzw. Haltung der EU ist maßgebend für die politische Agenda in Tirana. Deutschland ist durch sein entwicklungspolitisches Engagement sehr aktiv in Albanien und spielt eine beachtliche Rolle. Die Albaner hegen große Sympathie für Deutschland und bemühen sich daher um die größtmögliche Unterstützung. Italien ist in allen Lebensbereichen präsent und hat daher einen ständigen Einfluss auf Albanien. Italien ist der wichtigste Partner mit einem Export- und Importvolumen, das 3 bis 3,5-fach größer ist, als das von Deutschland und 20 bis 22-fach größer als das Handelsvolumen mit den USA. Die Albaner fühlen sich sehr mit Italien verbunden, viel mehr als mit Griechenland oder den anderen östlichen Nachbarländern.

**Russland** wirkt als Gegengewicht zur amerikanischen Präsenz in Albanien, ohne jedoch einen sichtbaren Einfluss auf die Politik. Die albanischen Führungskräfte sind bei ihren politischen Reden mit Kritik an Russland mutiger geworden. Sie bemühen sich zugleich, Veranstaltungen oder politische Ereignisse zu meiden, die von Russland durchgeführt werden.

**China** und die **arabischen Länder** spielen keine einflussreiche Rolle, so dass sie zu keinem potentiellen Faktor als Gegengewicht gegenüber den USA und der EU werden können. Jede Seite erkennt den amerikanischen und den Einfluss der EU in Albanien an. Daher werden sie als Länder betrachtet, die keinen potentiellen Einfluss in Albanien haben.

Die **Türkei** ist ein bedeutungsvoller Akteur in Albanien. Sie benutzt die Religion und die historischen Verbindungen, um ihren Einfluss in Albanien auszuweiten. Griechenland und Albanien beschäftigen immer noch offene historisch bedingte politische Fragen. Insofern versucht Griechenland seine Macht durch den Druck auf die albanischen Emigranten in Griechenland zu zeigen. Darüber hinaus ist Griechenland, das einzige EU Mitgliedsland, das direkt an Albanien grenzt. Die griechische Minderheit in Albanien bleibt ein wichtiger Einflussfaktor.

## Aktuelle Ereignisse von Bedeutung im Hinblick auf den Einfluss externer Akteure

Albanien hat gegenwärtig sehr gute Beziehungen mit den Nachbarländern: es hat aktivere Beziehungen mit Serbien und Mazedonien, sehr gute Beziehungen mit dem Kosovo, Montenegro und Italien und steht auf der Schwelle zu einem neuen Freundschaftsabkommen mit Griechenland.

Ein eventuelles Problem für die Zukunft kann der wachsende Einfluss der **Türkei** in Albanien sein, sowie die Vorteile, die die Türkei und Russland aus der Schwächung einer klaren EU-Perspektive Albaniens ziehen könnte. Die Türkei hat Druck auf Albanien ausgeübt, um die Festnahme bzw. die Auslieferung einiger Gülen-Unterstützer und die Schließung einer Reihe von Gülen-Schulen zu erreichen. Diese Forderung ist indirekt abgelehnt worden.

In den letzten Jahren gab es eine wachsende Migration in die EU (vorwiegend Wirtschaftsmigranten und gelernte Fachkräfte) und eine Tendenz zu mehr Extremismus. In den Beziehungen zu Griechenland bleibt die Tschameria-Frage offen. Es sind albanische

Einwohner, die nach dem Zweiten Weltkrieg von Griechenland massenhaft vertrieben wurden und weiterhin um ihre Rechte (z.B. Eigentum in Griechenland) kämpfen.

Unabhängig von dem beschriebenen Trend gibt es keine ernsthaften Anzeichen für eine reale längerfristige Orientierung in Richtung **Türkei, Russland, China** oder den **Länder des Persischen Golfes**. Die EU und die USA bleiben weiterhin die wichtigsten politischen Partner Albaniens.



## Bosnien und Herzegowina

*von Dr. Karsten Dümmel*

### Euroatlantische und europäische Integration

Bosnien und Herzegowina (BiH) ist NATO-Beitrittskandidat, eine Aktivierung des Mitgliedschaftsaktionsplans (MAP) scheiterte bislang an der ausstehenden Registrierung militärischer Anlagen und Bestände. NATO-Mitgliedschaftsverhandlungen wurden durch die Regierung der Republika Srpska (RS) immer wieder blockiert, verschleppt oder ausgesetzt. 2015 trat ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU in Kraft. Im Februar 2016 wurde daraufhin ein EU-Beitrittsantrag eingereicht; der Kandidatenstatus liegt indes in der Ferne.

Der für die Verleihung des Kandidatenstatus notwendige, von der EU-Kommission ausgehende, Fragebogen wurde Mitte Januar 2018 nach zahlreichen Verzögerungen und ein knappes halbes Jahr hinter dem Zeitplan tatsächlich ausgefüllt. Nun sind die mehr als 3.500 Antworten in die englische Sprache zu übersetzen, bevor der ausgefüllte Fragebogen nach Brüssel zurück geschickt werden kann. Besorgniserregend und konträr zu den Interessen der EU sind die Äußerungen der neuen Regierung Österreichs. Vizekanzler Strache, der enge Beziehungen zu der RS und dem Präsidenten der RS Milorad Dodik pflegt, sprach kürzlich – zum wiederholten Male – dem Staat BiH sein Existenzrecht ab. Regelmäßig fordert er stattdessen die Unabhängigkeit der RS von BiH. Die derzeitige bulgarische EU-Ratspräsidentschaft hat jedoch die Integration der Westbalkanstaaten als hohe Priorität bezeichnet.

## Welche Funktion und Rolle nehmen die externen Akteure ein? Welche Akteure können als Gegner oder Gleichgesinnte eingestuft werden?

Die **Vereinigten Staaten** stehen seit dem Friedensabkommen von Dayton 1995 und ihrem militärischen Eingreifen in den neunziger Jahren in besonderer Verantwortung für den Gesamtstaat BiH. Sie sind einer der Garanten für die relative Stabilität des Landes. Dabei hat sich das Freund-Feind-Denken der USA gegenüber den ehemaligen militärischen Gegnern seit 1995 nicht wesentlich geändert. Die vom Serbenführer Radovan Karadžić einst mitgegründete, mittlerweile reformierte und EVP-nahe Partei SDS beispielsweise stand bis vor kurzem auf einem Index und wurde politisch ignoriert. Ihre Reformfähigkeit wurde nicht gewürdigt, in politischen Entscheidungen und Entwicklungsprozessen wird sie nicht eingebunden. Die amerikanische Botschaft und USAID nutzen die Kontakte der KAS zur SDS, um sich ein Bild zu machen und indirekt das eine oder andere Projekt der SDS über die KAS „zu begleiten“. Seit Herbst 2017 gibt es hier allerdings erste direkte Kontakte, die, ein Jahr vor den Allgemeinen Wahlen in BiH, auf eine veränderte Strategie der USA hindeuten. Primäre Interessen der Vereinigten Staaten sind die Gewährleistung von Sicherheit und Stabilität in der Region und eine Minderung/Verhinderung des Einflusses sowohl Russlands als auch des radikalen Islams. Die Vereinigten Staaten verfügen über sogenannte Hard und Soft Power Ressourcen. Durch die Führung des NATO Hauptquartiers in Sarajevo sind sie auch mit militärischer Infrastruktur vor Ort präsent. Indirekte Einflussnahme ist auch durch den IMF im Rahmen von Kreditvergaben möglich. USAID ist einer der aktivsten Geber vor Ort.

Hinsichtlich Bosnien und Herzegowina verfolgen die Vereinigten Staaten und die EU ähnliche Zielsetzungen und sind daher als Gleichgesinnte einzustufen. Kurz vor Ende der Amtszeit von Präsident Obama im Januar 2017 wurden Sanktionen gegen den Präsidenten der RS, Milorad Dodik, verhängt. Dieser wurde einst als „Zukunftsträger und Reformler“ von den USA unterstützt. Etwaige Hoffnungen von Dodik, dass die Sanktionen mit dem Amtsantritt Trumps aufgehoben werden könnten, erfüllten sich nicht. Es ist derzeit nicht absehbar, dass sich dies in naher Zukunft ändern könnte. Die EU indes konnte sich nicht zu Sanktionen gegenüber Dodik durchringen.

Die **Russische Föderation** hat über Serbien, aber auch im direkten Kontakt Einfluss auf Regierung und Gesellschaft der RS. Dieser Einfluss wird in der Föderation Bosnien und Herzegowina (FBiH), aber auch international häufig überschätzt. Russland ist wie die Türkei in den Bereichen Energie und Bankenwesen vertreten. Auch religiös gibt es über die orthodoxe Kirche über Jahrhunderte gewachsene Verbindungen. Beratend ist Russland bei Entscheidungen der Regierung der RS ebenfalls involviert, darüber hinaus werden die polizeilichen, paramilitärischen Einheiten der RS durch Russland trainiert und ausgerüstet. Ferner wurde ein NGO-Gesetz der RS von Beratern aus Russland mitgeschrieben. An Russlands Veto bei Entscheidungen des Peace Implementation Council (PIC) gegen die RS oder bei Fragen zum Genozid an den Bosniaken in der UN scheiterte, dass das Land hinsichtlich der Versöhnung Fortschritte verzeichnen konnte. Eine Sicherung des russischen Einflussgebiets und eine Störung westlicher Interessen stellen die Agenda der Russischen Föderation dar. Dieses Ziel versucht Russland mittels Unterstützung serbischer Interessen im Land zu erreichen. Einer EU- oder gar NATO-Mitgliedschaft steht Moskau ablehnend gegenüber. Zudem schafft Moskau in der RS Abhängigkeiten im Bereich der Energieversorgung und der Kreditvergabe.

Die Russische Föderation tritt als Gegenspieler der Vereinigten Staaten und der EU in Erscheinung und agiert häufig scheinbar im Verbund mit Serbien, insbesondere hinsichtlich der Beziehungen zur Republika Srpska. Der Präsident der RS, Milorad Dodik,

gilt als Verbündeter Moskaus und als Freund Putins. Moskau hat die Regierung der RS beim Referendum über den verfassungswidrigen Unabhängigkeitstag der RS im September 2015 indirekt unterstützt. Ebenso ist indirekte Unterstützung für ein ebenfalls verfassungswidriges Unabhängigkeitsreferendum der RS zu erwarten, mit dem die RS-Regierung unter Dodik fortwährend liebäugelt. Derzeit sorgt außerdem die Gruppe „Srbska Čast“ (Serbische Ehre) für Aufsehen, der auch Verbindungen zu Russland nachgesagt werden. Dabei handelt es sich um eine vorgeblich humanitäre Organisation, die sich in der jüngsten Vergangenheit bei verschiedenen Anlässen mit nationalistischer Symbolik und militärischer Ausrüstung präsentierte. Ihre Nähe zu Milorad Dodik steht außer Frage. Experten vermuten, dass es sich dabei um eine von Dodik persönlich aufgebaute paramilitärische Einheit handelt. Oppositionelle in der RS befürchten, dass er diese zur Einschüchterung politischer Gegner bei den anstehenden Wahlen nutzen könnte. Verbindungen einzelner Mitglieder dieser Gruppe zu russischen Militärs sind nachweislich vorhanden.

Die **Volksrepublik China** spielt bislang keine relevante Rolle in BiH. Zwar baut China im Zuge der „Belt and Road Initiative“ sein Handelsvolumen mit den Balkanstaaten aus, in BiH aber in weitaus geringerem Maße als beispielsweise in Serbien. Langfristige, landesspezifische Ziele und Interessen mit Bezug auf BiH sind nicht erkennbar. Vermehrt investiert China in die Energiegewinnung durch Kohlekraftwerke. Hier steht zu vermuten, dass Rohstoffabhängigkeiten gezielt geschaffen werden.

Der Einfluss der **Golfstaaten** *in toto* ist stetig zunehmend. Wie die Türkei so unterstützten auch die Golfstaaten BiH während des Bosnienkrieges. Hierdurch kamen nicht nur Waffen, sondern auch islamistische Kämpfer mit ihren religiösen Strömungen und Ideen ins Land (Wahhabiten, Salafisten), die der gewachsenen Islamischen Gemeinschaft in BiH mit ihren Strukturen fremd gegenüber stehen. Im Bereich der Religion, Kultur, der Wirtschaft (Mittelstand), des Tourismus (visafreie Einreise) und des Konsums sind die Golfstaaten in der FBiH stark und unübersehbar vertreten. Wie zuvor in vielen Ländern Afrikas stiften sie auch in BiH Moscheen und finanzieren religiöse und kulturelle Einrichtungen (Schulen, Kindergärten, Kulturhäuser, Sportplätze, Bibliotheken, Museen). BiH wird als Brückenkopf bzw. Zugang zu Europa betrachtet. Neben wirtschaftlichen Interessen sind sie primär an der Einflussgewinnung im religiös-kulturellen Leben interessiert. Die Golfstaaten verfügen in erster Linie über finanzielle Ressourcen, die sie gezielt zum Aufkauf von Filetstücken an Land und Boden sowie der Unterwanderung der Wirtschaft einsetzen. Im Bereich der religiösen Ausrichtung drängen sie auf eine weitere Durch- und Umsetzung ihrer strengislamischen Werte im Alltag (Staatsreligion, Alkoholverbot, Verschleierung, Polygamie, keine Frauenrechte etc.). Ihr Einfluss wird in westlichen Ländern und in Kroatien jedoch punktuell überschätzt. Vor allem in Kroatien aber auch in Österreich findet eine regelrechte politische Stimmungsmache gegen islamische Einflüsse in der FBiH statt. Der kürzlich in einem Sammelband des Österreichischen Integrationsfonds erschienene Text „Islam auf dem Balkan – ein historischer Überblick bis hin zur Gegenwart“ ist geprägt von Halb- und Unwahrheiten und stieß bei Experten auf scharfe Kritik. Tatsächlich stehen große Teile der bosniakischen Bevölkerung den strengen Auslegungen des Islam der Golfstaaten eher skeptisch bis stark ablehnend gegenüber.

Die Golfstaaten agieren getrennt voneinander. Gemeinsame, abgestimmte Strategien sind nicht erkennbar. Durch von den Golfstaaten finanzierte Bauprojekte und eine stetig zunehmende Anzahl von Touristen aus den Golfstaaten ändert sich sukzessive auch das städtische und ländliche Bild (Vollverschleierung von Frauen, 60.000 - 80.000 Touristen aus diesen Ländern in Sarajevo zwischen Juni und August, Änderung von Straßennamen,

Geschäftsamen, Sichtbarkeit von arabischen Werbemitteln, Hinweisschilder, Verbotsschilder in arabischer Sprache).

Die **Türkei** bezeichnet BiH seit Jahrzehnten als „ihr Land“. Tatsächlich ist die Türkei jedoch mehr in der Entität der FBiH aktiv (Banken, Autobahnen, Tankstellen, Wirtschaft), nicht aber in der RS. Während der Streikwochen und Massendemonstrationen in 18 Städten der FBiH im Februar 2014 (*Bosnischer Frühling*) wurde die Türkei von dem muslimischen Mitglied der Präsidentschaft sofort um Hilfe gebeten. Nach dem gescheiterten Militärputsch vom Juli 2016 in der Türkei versuchte diese, Anhänger der Gülen-Bewegung in BiH über die „Bruderhilfe“ verschiedener Ministerien in der FBiH ermitteln zu lassen und mit politischem Druck dafür zu sorgen, dass sie im Schul- und Hochschulbereich „entfernt werden“. Es kam zu Schließungen von privaten Hochschulen und zu Entlassungen von Professoren. Ob dies mittelbar in Zusammenhang steht, kann nur spekuliert werden. Türkische Studenten und Dozenten in BiH sprechen gegenüber dem Berichterstatter offen darüber, nicht mehr in die Türkei reisen zu können, weil ihnen dort Verhaftung drohe. Die Präsidenten der Türkei (Erdogan) und BiH (Izetbegovic) sind privat befreundet. Die Türkei versucht über Kultur und Religion auf die Gesellschaft und auch auf die Ausrichtung des Islam in BiH Einfluss zu nehmen, was zum Teil gelingt, zum Teil aber auch in der muslimischen Bevölkerung von BiH auf Ablehnung stößt (Massenbeschneidungen von Jungen in Sportstadien etc.). Auf Grund der bedingungslosen Unterstützerrolle der Türkei für die Regierung der Republik Bosnien und Herzegowina (RBiH) und die muslimische Bevölkerung während des Bosnienkrieges 1992-1995 wird die Türkei von den Muslimen und den muslimischen Teilen der Regierung unkritischer betrachtet als andere Nationen. Serben und Kroaten in BiH und in den Mutterländern nehmen den starken Einfluss der Türkei zum Anlass, um vor der „Entfremdung im eigenen Land“, der „Indoktrination“ und der „zunehmenden Islamisierung von BiH“ (besonders FBiH) zu warnen. Damit treten häufig tradiert Ressentiments zu Tage. Neben wirtschaftlichen Interessen verfolgt die Türkei in BiH eine neoosmanische Politik der Sicherung und Wiederherstellung des ehemaligen Einflussgebiets. Die Stärkung des (politischen) Islams stellt hierbei eine wichtige kulturell-religiöse Komponente dar. Die Einflussfaktoren der Türkei umfassen neben Soft Power Ressourcen (Religion, Unterhaltungsindustrie, TV) primär wirtschaftliche Ressourcen: Investitionen in die Wirtschaft und Infrastruktur sowie einen stark subventionierter Tourismus in die Türkei. Zudem verfügt die Türkei über enge Beziehungen zu der Gemeinschaft der muslimischen Bosniaken, Einflussnahme ist auch durch die enge Bande mit der EVP-Partnerpartei und Regierungspartei SDA zu konstatieren.

Die Türkei weiß andere islamische Staaten an ihrer Seite, steht zugleich aber insbesondere im religiösen Bereich in einem Konkurrenzverhältnis mit den Golfstaaten. Die SDA und insbesondere Bakir Izetbegovic als Vorsitzender der Partei und Mitglied des Staatspräsidiums BiH gelten als Verbündete der AKP und von Staatspräsident Erdogan. Während einer öffentlichen Ansprache im Januar 2018 in Sarajevo bezeichnete der stellvertretende Generalsekretär der AKP BiH als das „zukünftige Anatolien Europas“. Die AKP plant für das Jahr 2018, Auslandsbüros in verschiedenen Ländern zu eröffnen, darunter auch BiH. Begründet wird dies mit der Vision der AKP, die sich nicht ausschließlich auf nationale Politik beschränken möchte.



## Kosovo

*von Johannes D. Rey*

### Euroatlantische und europäische Integration

Die Europäische Union hat den Fortschritt des Kosovo auf dem europäischen Weg stets unterstützt. Die Unterzeichnung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens (SAA) 2015 und sein Inkrafttreten 2016 sind wesentliche Schritte hierbei gewesen. Für die Unterstützung notwendiger Reformen stellt die EU dem Westbalkan und der Türkei sogenannte Heranführungshilfe in Höhe von 11,7 Mrd. Euro für den Zeitraum von 2014 bis 2020 zur Verfügung. Davon sind 645,5 Mio. Euro Kosovo zugeteilt.

Heute operieren im Kosovo zwei EU-Missionen: Die Rechtsstaatlichkeitskommission (EULEX) und das Büro der Europäischen Union/EU-Sonderbeauftragter im Kosovo (EUSR). Die EULEX-Mission im Kosovo ist eine der größten Missionen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU. Am 27. Oktober 2015 unterzeichneten die EU und Kosovo das SAA in Straßburg. Die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen ist nach wie vor eine der Prioritäten der Regierung, die sich um eine Vollmitgliedschaft in der UNO bemüht.

Die nationale Sicherheit des Kosovo ist eng mit der regionalen und euroatlantischen Sicherheit verknüpft. Kosovos Unabhängigkeit wird von 114 Staaten anerkannt (darunter 23 EU-Staaten und drei Ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrats). Die neue Westbalkan-Strategie der Europäischen Kommission könnte einen gestaffelten Beitritt einiger Länder der Region ermöglichen.

## Welche Funktion und Rolle nehmen die externen Akteure ein?

Seit 1999 stellen die **USA** der NATO geführten Kosovo-Force (KFOR) Kontingente zur Verfügung. Aufgabe der KFOR ist es, Sicherheit und Schutz aufrechtzuerhalten sowie allen Bürgern Bewegungsfreiheit zu gewährleisten. Seit der Einrichtung von EULEX 2008 stellen auch die Vereinigten Staaten Personal für diese Mission zur Verfügung – zum ersten Mal im Rahmen einer EU-GSVP-Mission. Die US-Regierung hat seit 1999 rund 2 Mrd. USD im Kosovo investiert und errichtet derzeit eine sehr aufwendige neue Botschaft, die 2018 eröffnet werden soll.

Die Botschaft setzt sich heute insbesondere für eine Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit und Regierungsführung ein, zugeschnitten auf die Belange der Bürger, sowie für nachhaltiges Wirtschaftswachstum, welches die Stabilität des Kosovo und seine europäische Integration fördert. Des Weiteren bemüht sich die Botschaft um einen positiven Beitrag des Kosovo zur regionalen Stabilität durch eine gesetzliche Umstrukturierung des Sicherheitssektors, Maßnahmen gegen gewaltsamen Extremismus, Förderung von Minderheitsrechten und Integration in euroatlantische Strukturen. Die Millennium Challenge Corporation (MCC) der US-Regierung und die Regierung der Republik Kosovo haben ein 49 Mio. USD umfassendes Schwellenprogramm zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums und zur Armutsreduzierung unterschrieben.

Im Rahmen der KFOR, an der sich derzeit 30 Staaten mit über 4.600 Mann Truppenstärke beteiligen, befinden sich derzeit noch ca. 650 US-Truppenangehörige auf dem Balkan. Gemäß US-Verteidigungsminister James Mattis wird die US-Präsenz im Kosovo andauern, bis den Sicherheitskräften des Kosovo (KSF) das Mandat erteilt werden kann, für innere Sicherheit und territoriale Verteidigung zu sorgen. Für eine solche Umstellung müsste eine Verfassungsänderung durch das Parlament gebracht werden.

Der Dialog zwischen Kosovo und Serbien, der 2010 begonnen wurde, wird von der EU begleitet und von den USA direkt unterstützt. Im Rahmen dieser Gespräche wurde ein neues Schlichtungsparadigma eingerichtet, in dem die Vereinigten Staaten beide Seiten fortlaufend unterstützen und ihnen helfen, sich in Richtung einer vollständigen Normalisierung der Beziehungen zu bewegen.

Ziel der US-Unterstützung ist es, eine Sicherheitspartnerschaft mit Kosovo einzugehen. Ein bilaterales staatliches Partnerprogramm mit der Iowa Nationalgarde, einer Unterabteilung der US-Nationalgarde, wurde 2011 begonnen. Langfristiges Ziel des Programms ist eine breit etablierte Partnerschaft mit den KSF durch Unterstützung bei regionaler Sicherheit und Zusammenarbeit. Die Vereinigten Staaten unterstützen Kosovo auch im Kampf gegen gewaltsamen Extremismus und begrüßen seine Bemühungen, die Bedrohung, die von ausländischen Terrorkämpfern und anderen radikalisierten Personen ausgeht, durch Gemeinschaftsarbeit und Gegenbotschaften einzudämmen.

Für **Russland** ist die Balkanregion von großer strategischer Bedeutung, insbesondere als Transportdrehkreuz und Infrastrukturstandort für die Zulieferung von Gas und Öl nach Europa. Als UNO-Vetomacht mit historischem Interesse am Balkan ist Russland ein wichtiger Akteur bezüglich der internationalen Nichtanerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo. Russland pflegt eine traditionell enge Freundschaft mit Serbien und ist am Erhalt seines politischen und wirtschaftlichen Einflusses auf dem Balkan interessiert. Demzufolge steht das Land der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo von 2008 sowie der EU- und NATO-Integration der Balkanländer ablehnend gegenüber.

Russland ist seit den 1990ern in der Kosovo-Frage aktiv und mit seinem Diplomatischen Verbindungsbüro Prishtina im Rahmen der UN-Mission akkreditiert, welches als Filiale der Russischen Botschaft in Belgrad agiert, gut vertreten. Wirtschaftliches Interesse ist vorrangig in Russlands komplexer Balkan-Politik. Auf dem Gipfeltreffen zur Energiezusammenarbeit auf dem Balkan in Zagreb 2007 erläuterte Präsident Putin Russlands Pläne, russisches Gas über Mazedonien nach Kosovo, Albanien und Südserbien zu liefern.

Präsident Putin hat Kosovo wiederholt mit der Krim verglichen. Wahrscheinlich wird die Mitgliedschaft des Kosovo in der UNO letztendlich als Streitfrage zwischen Russland und dem Westen im UN-Sicherheitsrat verhandelt werden – statt einer Lösung durch den EU-unterstützten Dialog mit Belgrad. Der Abschluss eines Abkommens zwischen Kosovo und Serbien, so befürchtet Russland, würde den EU-Beitritt Serbiens beschleunigen und das Land letztlich näher an die NATO heranführen. Vor diesem Hintergrund ist kaum zu erwarten, dass Russland sein Veto gegen die UNO-Mitgliedschaft des Kosovo zurückziehen wird.

Kosovo hat berechtigte Bedenken, dass Russland eine ernsthafte Belastung der Sicherheit darstellt, da es die Serbische Armee militarisieren könnte. Die Sorge erscheint gerechtfertigt, wenn man bedenkt, dass in der südserbischen Stadt Niš, weniger als 100 km von Prishtina entfernt, erst kürzlich das Russisch-Serbische Humanitäre Zentrum errichtet wurde. Diese Struktur wird im Kosovo einzig und allein als russische Militärpräsenz angesehen, die ein Gegengewicht zur KFOR darstellen soll, worauf wiederum Rufe nach einer ständigen Militärpräsenz der Vereinigten Staaten im Kosovo laut geworden sind, zur Abschreckung Russlands und zur Aufrechterhaltung der Stabilität.

Die politischen Beziehungen zwischen Kosovo und der **Türkei** werden von zahlreichen geopolitischen, wirtschaftlichen und sozio-historischen Faktoren bestimmt. Eine wichtige Rolle spielt dabei einerseits die große Gemeinschaft türkischer Staatsangehöriger, deren Wurzeln im Kosovo liegen, und andererseits die ethnische Minderheit der Türken im Kosovo.

Die Türkei nahm aktiv an der NATO-Intervention und an der Befreiung des Kosovo 1999 teil, engagierte sich beim Wiederaufbau nach dem Krieg und bot Unterstützung im Rahmen zahlreicher bi- und multilateraler Plattformen. Als eines der ersten Länder erkannte sie die Unabhängigkeit des Kosovo am 18. Februar 2008 an. Seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen anlässlich der Eröffnung der Botschaft des Kosovo in Ankara fanden zahlreiche Besuche hochrangiger Funktionäre statt. Allein zwischen 2008 und 2016 wurden 44 Abkommen und andere Beschlüsse über eine bilaterale Zusammenarbeit unterzeichnet.

Seit 2008, als die Kosovarisch-Türkische Handelskammer ihre Arbeit aufnahm, sind türkische Investitionen in Höhe von 372 Mio. Euro in den Kosovo geflossen. Somit steht die Türkei nach Deutschland, der Schweiz, Österreich und Großbritannien an fünfter Stelle der ausländischen Investoren. Es sind rund 800 türkische Unternehmen im Kosovo registriert, von denen ca. 200 derzeit aktiv sind. Das Import-Volumen der letzten paar Jahre aus der Türkei nach Kosovo betrug über 288 Mio. Euro, während Exporte aus Kosovo in die Türkei ca. 8 Mio. Euro betragen. Türkische Unternehmen haben zusammen mit internationalen Partnern einige der größten Ausschreibungen gewonnen. So ging der Zuschlag für den Bau einer Autobahnverbindung zwischen Kosovo und Albanien (Kosten ca. eine Mrd. Euro) und zwischen Prishtina und Skopje (Kosten ca. 600 Mio. Euro) an ein amerikanisch-türkisches Konsortium. Die türkisch-französische Vereinigung Limak-Aéroport de Lyon erhielt 2010 die Konzession für den Internationalen Flughafen

„Adem Jashari“ in Prishtina für 20 Jahre, mit einer Investitionsverpflichtung von über 100 Mio. Euro. 2012 privatisierte das türkische Konsortium Limak-Çalik das staatliche Stromversorgungsnetz (Kaufpreis 26,3 Mio. Euro). Zahlreiche türkische Banken wie die Calik Holding (BTK und KEDS), Newco Balkan, die Türkische Sparbank (TEB), Ish Bank (İş Bankası) haben sich erfolgreich im Kosovo etabliert.

Seit 2004 betätigt sich die staatliche Entwicklungshilfeorganisation Türkisches Präsidium für Kooperation und Koordination (TIKA) im Kosovo. Gemäß Angaben der Botschaft in Ankara studieren ca. 1.600 junge Menschen aus Kosovo in der Türkei. Die überwiegende Mehrheit ist mit Stipendien der türkischen Regierung oder türkischer Geschäftsleute mit Wurzeln im Kosovo ausgestattet.

Im Dezember 2009 unterzeichneten die KSF ein Abkommen mit den türkischen Streitkräften, das eine breite Zusammenarbeit vorsieht, einschließlich der Ausbildung kosovarischer Streitkräfte in türkischen Militärakademien. Kontakte und Kooperationen bestehen auch in anderen Bereichen wie Kultur, Sport, Kunst, Archive etc.

Die Investitionen der Türkei im Kosovo werden oft durch Intellektuelle, Politiker und Medien kritisiert, welche die Motive der Türkei hinterfragen und um die politische und kulturelle Orientierung des Kosovo besorgt sind. Während die Türkei aus der Perspektive des Kosovo als Handelspartner und Unterstützer der Unabhängigkeit gesehen wird, ist der Balkan in der türkischen Wahrnehmung eher geopolitisches Einflussgebiet – mit Kosovo als Zentrum. Die Glaubensidentität des Kosovo bildete sich während der osmanischen Herrschaft heraus, der Islam im Kosovo deckt sich somit weitgehend mit dem Islam, wie er in der Türkei praktiziert wird. Bisher ist das im Kosovo noch kein großes Thema, doch dass die Politik der Türkei stark von religiösen Faktoren beeinflusst wird, spiegelt sich in gewisser Weise auch in ihrer Außenpolitik. Als Präsident Recep Tayyip Erdogan 2013 Prishtina besuchte, ging er sogar so weit zu sagen: „Vergesst nicht, die Türkei ist Kosovo, und Kosovo ist die Türkei“, was bei der Mehrheit der Bevölkerung eine gewisse Besorgnis hervorrief. Für die einen sind die Türken Glaubensbrüder, für die anderen sind die türkischen Investitionen Verbote einer geplanten „Wiedereroberung“.

Die beiden wirtschaftlichen, aber auch kulturellen Hauptströmungen der Türkei, kontrolliert von Präsident Erdogan und seinem ehemaligen Gefährten Fethullah Gülen, wirken auch in den Balkan hinein. Wirtschaftsexperten und Publizisten im Kosovo vertreten verschiedene Meinungen zu den Investitionen der beiden Strömungen. Beide Seiten unterstützen etliche Schulen im Kosovo (die genaue Anzahl konnten KAS-Quellen nicht bestätigen). Nach dem Staatsstreich in der Türkei hatte Präsident Erdogan von den Behörden des Kosovo gefordert, alle von Gülen unterstützten Schulen zu schließen, was diese jedoch abgelehnt hatten.

**Saudi-Arabien** übt von allen **Golfstaaten** den größten Einfluss im Kosovo aus, obwohl auch andere Staaten wie **Katar** und die **Vereinigten Arabischen Emirate** Einfluss nehmen. Das Königreich Saudi-Arabien war einer der ersten Staaten, die die Unabhängigkeit des Kosovo anerkannten und es bis heute unterstützt. Diplomatische Beziehungen wurden am 7. August 2009 aufgenommen. Kosovo eröffnete seine Botschaft in Riad im Mai 2010, während die Botschaft Saudi-Arabiens in Tirana für Kosovo zuständig ist.

Auf der 36. Sitzung des Außenministerrats der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) am 25. Mai 2009 in Damaskus nahmen 57 Staaten einen Beschluss an, der die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo vermerkt, die Rolle der UN im Kosovo

bestärkt und das große Interesse der OIC an der Lage der Muslime auf dem Balkan nochmals bestätigt. Auch die Zusammenarbeit des Kosovo mit dem OIC wurde begrüßt und die internationale Gemeinschaft aufgefordert, die Stärkung der Wirtschaft des Kosovo weiter zu unterstützen. Saudi-Arabien spielte eine Schlüsselrolle und es wurde berichtet, dass ein früherer Entwurf der Resolution die Anerkennung des Kosovo durch die OIC gefordert hatte, was aber einige Mitgliedstaaten abgelehnt hatten, darunter Syrien, Ägypten und Aserbaidschan.

Saudi-Arabien hat insbesondere in den Wiederaufbau von Schulen, Polikliniken und Moscheen investiert, die während des Krieges im Kosovo zerstört worden waren. In beiden Ländern ist die Mehrheit der Bevölkerung muslimisch. Der im Kosovo traditionell praktizierte Islam entspricht der hanafitischen Schule und wird als vorwiegend liberal und moderat beschrieben. Seit dem Krieg ist der Islam zunehmend radikalisiert worden, und der in Saudi-Arabien vorherrschende Wahhabismus fasste durch die Saudi-Diplomatie Fuß im Kosovo. Saudi-Arabische Gelder wurden in den Bau neuer Moscheen investiert und in Saudi-Arabien ausgebildete Imame hielten seit 1999 Einzug in Kosovo. Wahhabitische Schulen wurden gegründet, deren Anzahl nicht ermittelt werden konnte, da viele von ihnen illegal betrieben werden. Viele glauben, dies stehe in Zusammenhang mit der Tatsache, dass hunderte Bürger des Kosovo sich Terroristengruppen im Mittleren Osten angeschlossen haben.

Kosovo hält den makabren Rekord unter allen Staaten Europas, Herkunft der im Verhältnis zu seiner Bevölkerung größten Gruppe von Mitgliedern der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) in Syrien zu sein. Bei einer Gesamtbevölkerung von 1,8 Millionen wurden 317 Kosovaren während der letzten zwei Jahre von der Polizei als IS-Mitglieder identifiziert. Im April 2015 verabschiedete das Parlament des Kosovo ein Gesetz, das es Einzelpersonen verbietet, in Konflikten im Ausland mitzukämpfen – ein Verbrechen, das mit einer Haftstrafe von bis zu 15 Jahren geahndet werden kann. Lokale Behörden und moderate Imame beschuldigen ein Netzwerk von extremistischen Glaubensfunktionären, die Gelder aus Saudi-Arabien, Katar, Kuwait und aus anderen arabischen Nationen erhalten. Unterstützt von einem zwielichtigen Netzwerk privater Schenkungen, Wohltätigkeit und islamischer Stipendienprogramme verbreiten sie den wahhabitischen Islam.

Ein neues Kapitel der Zusammenarbeit hat vor kurzem der Entwicklungsfonds Saudi-Arabiens aufgeschlagen, der sich zu Investitionen in Höhe von insgesamt 70 Mio. USD in die wirtschaftliche Entwicklung des Kosovo verpflichtet hat, insbesondere in Infrastrukturprojekte und das Gesundheitswesen.

Die **Volksrepublik China** verfolgt seit jeher eine Strategie der politischen Unterstützung für eine große Anzahl eher kleiner Entwicklungsländer. Der Westbalkan bildet hier keine Ausnahme. Während der Kriege, die in den 1990ern auf den Zerfall Jugoslawiens folgten, blieb China grundsätzlich neutral und unterstützte die Entscheidungen des UN-Sicherheitsrats.

Heute unterhält Peking diplomatische Beziehungen mit allen Ländern des Westbalkans außer Kosovo. China lehnte die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo 2008 ab und legte sogar Widerspruch gegen Prishtinas Entscheidung beim Internationalen Gerichtshof ein. Pekings Position beruht auf der Befürchtung, die Anerkennung des Kosovo könnte als Präzedenzfall für heikle innere Angelegenheiten betrachtet werden, namentlich die Unruheregionen Tibet und Xinjiang.



## Kroatien

von Dr. Michael Lange

### Euroatlantische und europäische Integration

Die Republik Kroatien zeigte sich seit der Erlangung der Unabhängigkeit im Jahre 1991 vorrangig daran interessiert, sich schnellstmöglich in die euro-atlantischen Strukturen zu integrieren, wobei die im Jahre 2009 erlangte Mitgliedschaft in der NATO vornehmlich den Sicherheitsinteressen Kroatiens und die 2013 erlangte Mitgliedschaft in der Europäischen Union vornehmlich den wirtschaftlichen Interessen Kroatiens dienen soll. Daneben spielte für viele (katholische) Kroaten sicherlich auch der Aspekt der Selbstversicherung als Angehörige der europäischen Nation/Kultur eine sehr wichtige Rolle, denn man wollte nicht mehr mit dem (nicht-katholischen) orientalischen „Balkan“ identifiziert werden und sich deshalb politisch und wirtschaftlich ganz entschieden dem Westen bzw. Europa zuwenden. Man ist momentan weiterhin bestrebt den Integrationsprozess in Richtung Schengen-Raum durch die Einführung/Anwendung des Schengen Informationssystems und auch den Beitritt zum Euroraum durch die inzwischen ernsthaft verfolgte Haushaltskonsolidierung zu beschleunigen.

### Welche Funktion und Rolle nehmen die externen Akteure ein?

Die **Vereinigten Staaten** sind vor allem aus geostrategischen und energiepolitischen Gründen an einer verstärkten Kooperation mit Partnern in Kroatien interessiert. Man zeigt sich besonders bestrebt dem Einfluss Russlands entgegenzuwirken und seine

Energieexportinteressen zu verfolgen. Durch die Ernennung eines Hotelmagnaten zum neuen US-Botschafter scheinen sich diese Interessen nun wohl auch auf den erfolgversprechenden kroatischen Tourismussektor zu erweitern. Bei diesen Plänen helfen könnte der Umstand, dass viele der aktuell bestimmenden Politiker Kroatiens über persönliche Anknüpfungspunkte und berufliche Beziehungen zu den USA verfüg(t)en. So gelten vor allem die aktuelle kroatische Staatspräsidentin, die lange Jahre als Botschafterin ihres Landes in den USA und bei der NATO tätig war, sowie der aktuelle Verteidigungsminister, der Teile seiner militärischen Ausbildung in den USA absolviert hat, als den USA besonders eng verbunden.

Die **Russische Föderation** ist aus ähnlichen Gründen wie die USA an einer stärkeren Kooperation mit Partnern in Kroatien interessiert. Die bereits vor 25 Jahren aufgenommenen diplomatischen Beziehungen erleben momentan, trotz existierender wirtschaftlicher Verflechtungen (Tankstellennetz: Lukoil; Banken: WTB-Sberbank) sowohl durch die Einlassungen des kroatischen Ministerpräsidenten Plenkovic zu möglichen (friedlichen) Konfliktlösungen in der Ukraine, als auch durch die Überschuldung der Nahrungsmittelkonzerns „Agrokor“ vor allem bei russischen Banken, eine deutliche Belastung. Man unterstellt, dass die russische Regierung die finanzielle Abhängigkeit des in Schiefelage geratenen größten kroatischen (Nahrungsmittel-) Konzerns nutzen will, um das die kroatische Regierung unter Druck zu setzen und auf diese Weise Entgegenkommen bei Russland betreffenden EU-Abstimmungen zu zeitigen.

Die **Volksrepublik China** ist im Zuge der Vorstellung der „16+1 Plattform“ ebenso an verstärkten Wirtschaftsbeziehungen zu Kroatien interessiert. Die im Jahre 1992 aufgenommenen diplomatischen Beziehungen erleben seit dem China-Besuch der kroatischen Präsidentin im Oktober 2015 und dem Gegenbesuch einer hochrangigen chinesischen Wirtschaftsdelegation im Juli 2017 einen manifesten Aufschwung, der sich in ersten, gemeinsamen Projektvorhaben niederzuschlagen beginnt.

Die **Türkei**, als eines der ersten Länder, welche die staatliche Unabhängigkeit Kroatiens anerkannt hat, interessiert sich vor allem für die Rechte der kleinen muslimischen Minderheit und zeigt sich bestrebt, vor allem im Bau- (Hotels) und Tourismussektor, die erfolgreiche wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht zuletzt zum Nutzen der Muslime aus den benachbarten Staaten, weiter auszubauen.

## Was sind die langfristigen Ziele und Interessen der Akteure?

Seit dem Wechsel im Präsidentenamt in den **Vereinigten Staaten** hat sich der Fokus der bilateralen Beziehungen noch stärker auf die Wirtschaft verschoben. Dabei steht momentan das Interesse der USA im Vordergrund, die eigenen Schiefergas-/Ölexporte im Rahmen des geplanten (und von der EU mitfinanzierten) Gasverflüssigungs- und transportterminals (auf/nahe der Insel Krk) in die Region zu erhöhen. Damit konkurrieren die USA im Energiebereich sowohl mit Russland (Gaslieferungen) und den Bestrebungen einer einheitlichen EU-Energiepolitik. Gleichzeitig scheint die aktuelle US-amerikanische Regierung bestrebt zu sein, eine Annäherung Kroatiens an die Visegrad-Staaten durch die prononcierte Unterstützung der „Drei-Meere-Initiative“ der kroatischen Staatspräsidentin (zu Lasten einer von der EU erwarteten Mittlerrolle im Westbalkan) herbeizuführen und damit weiter den Druck auf die mühsam verteidigte Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten zu erhöhen.

Das Interesse der **Russischen Föderation** ist darauf gerichtet, eine weitere Ausdehnung des Einflusses der NATO und der EU in die Region Südosteuropa und damit auch Kroatiens zu verhindern. Man sucht vor allem in der politischen Klasse bei EU-Skeptikern Verbündete, um verloren gegangenen Einfluss zurückzugewinnen. Dazu nutzen kann man die eigenen (energiepolitischen) Exportinteressen durch Unternehmen wie Lukoil und Gazprom, wobei man durchaus lukrative Geschäftsbeziehungen zu Einzelpersonen bzw. Einflussgruppen erweitern und Konkurrenzprojekt (wie etwa den Bau der Gasverflüssigungsanlage) mit Hilfe „sozialistisch-nationalistischer“ politischer Kreise zu torpedieren versucht.

Die **Volksrepublik China** hat Europas südöstliche Flanke auch deshalb ins Visier genommen, weil sich europäische private Investoren immer noch schwer tun, sich in der Region investiv zu engagieren bzw. an Großprojekten zu beteiligen. Dieses Vakuum wahrnehmend zeigt sich die chinesische Regierung verstärkt daran interessiert Projektvorhaben in ganz Mittel- und Südosteuropa und deshalb auch in Kroatien zu realisieren. Da man den „Balkan“ als einen wichtigen Korridor der neuen Seidenstraße erkannt hat, engagiert man sich vor allem in großen Infrastrukturprojekten (Straßenbau, Schienennetze, (Flug-) Häfen) um den zukünftigen wachsenden eigenen Warenexport (-transport) in den europäischen Binnenmarkt sicherzustellen bzw. zu erleichtern. Unterstützt wird diese „Investitionsoffensive“ zudem durch die Bereitstellung umfangreicher, günstiger Projektfinanzierungen, ohne die in der EU üblichen politischen Auflagen.

Im Rahmen des letzten Besuchs des Staatspräsidenten der **Türkei** in Kroatien im April 2016 konzentrierten sich die Gespräche vor allem auf die Folgen der Flüchtlingskrise, den Anti-Terrorkampf sowie die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Kroatien unterstützt weiterhin den Beitritt der Türkei (wie auch Bosnien Herzegowinas) zur EU und erhofft sich nicht nur eine Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen sondern auch die Unterstützung der Türkei dabei, die bosnischen Glaubensbrüder dazu zu bewegen, die von Kroatien befürwortete Wahlrechtsreform zu akzeptieren und damit den Kroaten in Bosnien endlich die erhoffte gleichberechtigte politische Teilhabe zu ermöglichen.

## Über welche Ressourcen verfügen die externen Akteure?

In den Beziehungen Kroatiens zu den **Vereinigten Staaten** spielt – neben energiepolitischen Interessen – vor allem der militärische Aspekt eine besondere Rolle. Kroatien zeigt sich aktuell bestrebt, seine NATO-Pflichten der Luftverteidigung in der Region noch besser zu erfüllen, und dafür ihre Luftstreitkräfte (mit Hilfe von US-Kampfflugzeugen?) zu modernisieren. Beeinträchtigt wird das Verhältnis durch das in Kroatien weiterhin ungeliebte „Abkommen von Dayton“, dem man entgegenhält, es würde der kroatischen Minderheit in Bosnien und Herzegowina den Status einer gleichberechtigten Volksgruppe vorenthalten. Der „kulturelle“ Einfluss der USA ist im Land dagegen – historisch bedingt – eher beschränkt und es besuchen nur wenige amerikanische Touristen das „katholische“ Kroatien.

Viele glauben, dass die **Russische Föderation** den Umstand, dass für eine angestrebte Sanierung des überschuldeten „Agrorkonzerns“ der gute Wille der beiden staatlichen russischer Gläubigerbanken unverzichtbar erscheint, um die ca. 60.000 Arbeitsplätze zu erhalten, politisch ausnutzen möchte. Gleichzeitig spielt Gazprom als wichtiger Partner des ungarischen Energiemultis MOL, eine wichtige Rolle bei der Zurückerlangung der unternehmerischen Kontrolle über den kroatischen Energiekonzern INA durch die kroatische Regierung.

Für **China** spielt Kroatien im Zuge der teilweise in Kroatien (Dubrovnik) gedrehten und auch in Asien ausgestrahlten TV-Fernsehserie: „Game of Thrones“ als Feriendestination eine immer bedeutendere Rolle. Deshalb wünscht sich die chinesische Regierung Vereinfachungen bei der Visagewährung, sodass sich dann bei einem weiteren Ansteigen der Besucherzahlen auch direkte Flugverbindungen zwischen China und Kroatien lohnen würden. Die Anzahl potentieller chinesischer Touristen mag manchem kroatischen Vertreter zwar Angst einjagen, aber die bisherigen Erfahrungen mit asiatischen Touristen, die nach Kroatien gereist sind, haben gezeigt, wie gewinnbringend eine weitere Öffnung des kroatischen Marktes für den asiatischen Tourismus sein kann.

Bei seinem Besuch im April 2016 hob der türkische Staatspräsident Erdogan zwar das konfliktfreie Zusammenleben der verschiedenen Religionsgemeinschaften in Kroatien hervor und würdigte aus Anlass der Eröffnung eines türkischen Kulturzentrums den Umstand, dass Muslime dort ihre Religion frei und ungehindert ausüben können; er vergaß jedoch auch nicht darauf hinzuweisen, dass die **Türkei** in den letzten Jahren ein robustes Wirtschaftswachstum, ein überdurchschnittliches jährliches reales BIP-Wachstum von 5,6 Prozent und ein großer Binnenmarkt mit fast 80 Mio. Konsumenten auszeichnet.

## Die Wirtschaftsbeziehungen

Unternehmen aus den **Vereinigten Staaten** haben in Kroatien nur geringfügig (115 Mio. Euro?) investiert. Kroatien exportiert mehr Waren in die USA (455 Mio. Euro) als umgekehrt (188 Mio. Euro). Die jüngst beschlossene Verschärfung der US-Sanktionen gegen Russland beeinträchtigen dabei die Bemühungen Kroatiens um mehr Exportdiversifikation. So drohen die US-Sanktionen den Ausbau des sog. „Southern Corridor“ der eigentlich Länder wie Georgien, die Türkei, Griechenland, Albanien, Montenegro und Kroatien mit Gas aus Aserbaidschan versorgen sollte, zu verhindern.

Unternehmen aus der **Russischen Föderation** investierten bisher in Kroatien etwa 400 Mio. Euro (vornehmlich im Bankenwesen). Kroatien exportiert Waren im Wert von 190 Mio. Euro nach Russland importiert dagegen immerhin Waren (primär Erdölprodukte) im Wert von 300 Mio. Euro. Jüngst wurde – trotz der EU-Sanktionen – der gemeinsame Bau von Wärme- und Wasserkraftwerken in Kroatien verabredet und nach Möglichkeiten zur Intensivierung des Exports von Erzeugnissen des unter dem russischen Einfuhrstopp für EU-Lebensmittel schwer leidenden kroatischen Landwirtschaftssektors gesucht.

Bisher bewegen sich die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen mit der **Volksrepublik China** in einem überschaubaren Rahmen. Die Investitionen Chinas in Kroatien machen bisher nur etwa 1,3% aller chinesischen Direktinvestitionen in den „16+1 Staaten“ aus; haben sich in den vergangenen Jahren allerdings fast verdoppelt. China strebt ein investiveres Engagement etwa in Häfen aber auch in Tourismusunternehmen an, da sich damit die Möglichkeit eröffnet, in noch größerem Umfang chinesische Touristen nach Kroatien zu bringen. Kroatien exportiert Waren im Wert von etwa 75 Mio. Euro nach China, importiert aber gleichzeitig Waren im Wert von nahezu 600 Mio. Euro, was zu einem hohen Handelsdefizit führt, das Kroatien durch den vermehrten Export von Wein und Olivenöl nach China auszugleichen bestrebt ist.

Derzeit sind 60 Unternehmen aus der **Türkei** in Kroatien tätig und investierten bisher rund 350 Mio. Euro (davon 250 Mio. Euro allein die DOGUS Gruppe im Hotelwesen);

dagegen sind nur 26 kroatische Unternehmen in der Türkei aktiv. Das bilaterale Handelsvolumen betrug im Jahr 2016 ca. 350 Mio. Euro, dabei machte der Import aus der Türkei 240 Mio. Euro (Monitore, Textilien, Haushaltsgeräte) und der Export in die Türkei ca. 110 Mio. Euro. (Düngemittel, Erdöl und Software) aus.

### Welche Akteure können als Gegner oder Gleichgesinnte eingestuft werden?

Seitdem sich die Beziehungen der EU-Staaten zu den **Vereinigten Staaten** verkompliziert haben, sorgen Aktivitäten der USA im Westbalkan bzw. in Kroatien für Verunsicherung bis hin zu wachsendem Misstrauen. Die vor allem auch von Kroatien beförderte „Drei-Meer-Initiative“ wird von manchen in der EU als ein „Spaltpilz“ betrachtet, den es zu bekämpfen gilt und die Haltung der USA im Streit um das Schiedsgerichtsurteil im Grenzkonflikt mit Slowenien unterscheidet sich auch erheblich von der der EU. Die seitens der Vereinigten Staaten geäußerte Auffassung, der Grenzkonflikt mit Slowenien sei (vor allem) eine bilaterale Angelegenheit, stößt in Kroatien auf viel Wohlwollen, eröffnet sie doch einen Ausweg aus der verfahrenen kroatischen Position. Auch die Teilnahme des amerikanischen Präsidenten an der „Drei-Meere-Konferenz“ in Polen wurde in Kroatien bzw. von der kroatischen Staatspräsidentin als ein persönlicher, politischer Erfolg verbucht. Wie mach andere EU-Mitgliedstaaten in Osteuropa versucht auch Kroatien aus den Differenzen zwischen der EU und den USA Kapital zu schlagen und die Vereinigten Staaten und weitere Drittstaaten zu einem verstärkten Engagement in der Region („Drei-Meere-Initiative“) bzw. Kroatien zu animieren.

Harsche russische diplomatische Reaktionen anlässlich des kroatischen Angebots an die Ukraine „...bei der friedlichen Reintegration der von Separatisten besetzten Ostteil des Landes“ aufgrund eigener historischer Erfahrungen zu beraten belasten weiterhin die Beziehungen zur **Russischen Föderation**, wo jüngst – nach über 2-jähriger Abwesenheit – erstmals wieder ein kroatischer Botschafter akkreditiert wurde und versuchen wird, die Konflikte um die Ukraine und Agrokor moderieren zu helfen.

Die **Volksrepublik China** verfolgt dagegen eine eher langfristige, pragmatische und zunehmend auf wirtschaftliche Verflechtung setzende Außen-/Wirtschaftspolitik. Die chinesischen Bestrebungen unterscheiden sich dabei von denen Russlands, da sie nicht explizit gegen die Weiterentwicklung der Europäischen Union gerichtet sind. Jüngst gab es wieder viel Bewegung in den kroatisch-chinesischen Beziehungen. Die kroatische Regierung gab bekannt, dass die Ausschreibung zum Bau der mit erheblichen EU-Mitteln geförderten Peljesac Brücke vom staatlichen chinesischen Baukonzern CRBC gewonnen wurde. Der Konzern habe ein um 600 Mi. Kuna (ca. 80 Mio. Euro) günstigeres Angebot vorgelegt als der nächstbeste Anbieter und dabei sogar eine Bauzeit von nur 3 Jahren (gegenüber 3,5 Jahren der Konkurrenten) in Aussicht gestellt. Damit hat ein chinesischer Konzern sich erstmals an einer EU-Ausschreibung beteiligt und ein mit EU-Fördermittel ausgestattetes Bauvorhaben gegen europäische Konkurrenz (Strabag) gewonnen. Ebenso wurde bekannt, dass China auch am geplanten Ausbau des Hafens von Rijeka und dem Bau einer Schienentrasse Rijeka – Zagreb – Budapest und der Vollendung der Adriatisch-Ionischen Autobahn interessiert sei. Auch eine direkte Flugverbindung aus einer chinesischen Metropole in die kroatische Küstenregion (Zadar) ist immer wieder im Gespräch und würde den Transport von Arbeitern aus China in die Region erleichtern.

Das Verhältnis der **Türkei** sowohl zu den USA als auch zu den Mitgliedstaaten der Europäischen Union hat sich nach dem gescheiterten Putschversuch in der Türkei deutlich verschlechtert, da Ankara einige politische Kräfte in den USA (und der EU) bezichtigt,

diesen Putsch gefördert zu haben. Gleichzeitig kritisiert die Türkei die in Europa existierenden Sympathien für kritische (säkulare) Journalisten und Kulturschaffende in der Türkei, denen die türkische Regierung (die Unterstützung) terroristische(r) Aktivitäten vorwirft. Das Interesse Kroatiens an einer politischen Zusammenarbeit mit der Türkei bleibt deshalb auf Bosnien und Herzegowina gerichtet, wo beide Länder starke Interessen verfolgen und dazu beitragen wollen, im Wege einer trilateralen Zusammenarbeit die inneren Probleme von BuH einer friedlichen Lösung näher zu bringen.



## Mazedonien

*von Johannes D. Rey unter Mitarbeit von Prof. Zoran Ilievski, Dr. Siniša Aleksoski und Davor Pašoski*

### Euroatlantische und europäische Integration

Mazedonien hat seit der Unterzeichnung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens (SAA) mit der EU im Jahr 2001, als sich das Land inmitten eines Konflikts an der Schwelle zum Bürgerkrieg befand, ein Auf und Ab interessanter Umbrüche und politischer Krisen durchlebt. Zusammen mit anderen Ländern des Westbalkans war Mazedonien 2003 auf dem EU-Gipfel in Thessaloniki eine EU-Beitrittsperspektive zugesagt worden. Als erstes Land des Westbalkans, welches ein SAA unterzeichnete, reichte Mazedonien im März 2004 seine Bewerbung um Mitgliedschaft in der EU ein und erhielt 2005 aufgrund der positiven Einschätzung der Europäischen Kommission Kandidatenstatus. Von 2009 bis 2014 waren die Berichte der Kommission an den Europäischen Rat in der Regel positiv, was auf die baldige Aufnahme von Beitrittsverhandlungen schließen ließ. Wegen des andauernden Namensstreits mit Griechenland hat der EU-Rat jedoch bis heute kein Datum vorgeschlagen. Auch der NATO-Beitritt Mazedoniens wird seit dem Gipfel von Bukarest 2008 bis heute von Griechenland blockiert.

### Welche Funktion und Rolle nehmen die externen Akteure ein?

Die **Vereinigten Staaten** sind der einflussreichste Partner Mazedoniens seit der Unabhängigkeit 1991. Seit 2004 wird das Land durch die USA unter seinem verfassungsge-

mäßen Namen anerkannt. Die Vereinigten Staaten sind ein ausschlaggebender Faktor in allen politischen Prozessen und waren, zusammen mit der EU, Hauptmediatoren während der einschneidenden Krisen (Rahmenabkommen von Ohrid 2001, Abkommen von Pržino 2015). Die USA und die **Türkei** sind die einzigen Staaten, mit denen Mazedonien Abkommen über eine Strategische Partnerschaft unterzeichnet hat. Die US-Botschaft in Skopje ist mit 8.000 m<sup>2</sup> und über 300 Angestellten eine der größten Botschaften der Vereinigten Staaten in Europa. Der Botschafter spielt eine tragende Rolle in der Öffentlichkeit, im politischen sowie im gesellschaftlichen Leben Mazedoniens. Der größte Teil der US-Unterstützung für die Zivilgesellschaft wird über USAID vergeben. Diese Agentur für Entwicklungszusammenarbeit der Vereinigten Staaten finanziert Projekte in den Bereichen demokratische Institutionen, Zivilgesellschaft, Medien, Rechtsreformen und Wirtschaftsförderung (ca. 4 Mio. USD jährlich für die Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen). USAID unterstützt auch Maßnahmen, die die Rückgabe von Staatseigentum an religiöse Gemeinschaften zum Ziel haben, ebenso einen interreligiösen Dialog und Maßnahmen zur Förderung der gegenseitigen Toleranz.

Was den Kampf gegen gewaltsamen Extremismus betrifft, so führte die mazedonische Polizei mit der Unterstützung der Vereinigten Staaten 2015 die Operation "Zelle" durch, die sich gegen Personen richtete, die Terrorkämpfer in Skopje anzuwerben versuchten. Infolge dessen hat die Islamische Gemeinschaft Mazedoniens alle vier Moscheen, die sich nicht unter ihrer Rechtsprechung befanden, unter ihre Kontrolle gebracht. Seit 1994 hat das mazedonische Innenministerium verschiedene Sicherheitsprogramme unterzeichnet, im Rahmen derer die USA Ausrüstung für den Kampf gegen Terrorismus und den Grenzschutz sowie für die Weiterbildung von Angestellten des Innenministeriums, des Zolls, der Armee, des Sicherheitsdienstes und der staatlichen Administration finanzieren. Des Weiteren haben die Vereinigten Staaten, die keine Militärbasis in Mazedonien unterhalten, Interesse angemeldet, das Armee-Trainingsareal Krivolak militärisch zu nutzen, das sich im mittleren Ostteil des Landes befindet. Es ist mit 22.546 ha Fläche das größte auf dem Balkan (22 km Nord-Süd und 18 Ost-West). Die USA wollen dort Drohnen, sogenannte UAVs, stationieren.

Das strategische Hauptziel der USA ist es, die Stabilität Mazedoniens und der Region sowie die Unverletzlichkeit der bestehenden Staatsgrenzen zu sichern. Die NATO-Erweiterung und die Verhinderung russischer Einflussnahme stehen weit oben auf der US-Agenda, wenn auch die Klarheit dieser politischen Ziele sich etwas getrübt hat, seit Präsident Donald Trump an der Macht ist. Die Vereinigten Staaten investieren in Mazedonien in erster Linie in die Auto- und Tabakindustrie (Johnson Controls, Adient, Visteon, Kemet Electronics, Delphi Electronics, Alliance One und Phillip Morris). 2016 betrug das gesamte Handelsvolumen zwischen Mazedonien und den USA 181 Mio. Euro (46 Mio. Euro Exporte, 135 Mio. Euro Importe; das ergibt ein Handelsdefizit von 89 Mio. Euro).

**Russland** spielte bis 2015 keine aktive Rolle in der mazedonischen Innenpolitik. Aus Anlass der Proteste der sogenannten "Bunten Revolution", die als Reaktion auf die Enthüllung eines Abhörskandals vom Bündnis "Ich protestiere" organisiert und von der Sozialdemokratischen Union Mazedoniens und anderen Parteien wie der neu gegründeten "Linken" unterstützt wurden, ergriff Moskau die Gelegenheit den Westen mit der Vermutung zu kritisieren, die demokratisch gewählte Regierung stürzen zu wollen. Seither hat Russland mehrmals die Einmischung in innere Angelegenheiten Mazedoniens beklagt, einschließlich einer erheblichen Anzahl diplomatischer Kommunikés bezüglich innenpolitischer Einmischung durch Albanien unter Premierminister Edi Rama. Russland lehnt jedwede Aktion ab, die den eifrigen US-Verbündeten Albanien zu Hoffnungen auf größeren Einfluss in der Region anspornen könnte. Das Hauptziel Russlands ist es, die

Bevölkerung zu polarisieren und die Unterstützung für die NATO und die EU zu schwächen, indem es Fehler westlicher Diplomaten und ihrer Politik auf dem Balkan hervorhebt, insbesondere indem es westliche Unterstützung für das sogenannte Großalbanische Projekt unterstellt.

Die Russische Föderation erkennt Mazedonien unter seinem verfassungsgemäßen Namen an. Russlands Einfluss auf den Wirtschaftssektor ist gering; jedoch spielt es eine bedeutende Rolle auf dem Gebiet der Religion: Die russische Orthodoxie unterhält gute Beziehungen zur Mazedonisch-Orthodoxen Kirche und wird als wichtiger Faktor für eine Lösungsfindung in der „Kirchenfrage“, bzw. für die Anerkennung der Mazedonisch-Orthodoxen Kirche, angesehen. Allerdings befindet sich die Russisch-Orthodoxe Kirche näher an der Position der Serbisch-Orthodoxen Kirche, die der mazedonischen Orthodoxie Autonomie, jedoch keine Unabhängigkeit zu gewähren bereit ist. Ende 2017 entschied sich die Mazedonisch-Orthodoxe Kirche durch Annahme der Bulgarisch-Orthodoxen Kirche als „Mutterkirche“ denn auch für einen Kurs, der sich von dem der russischen Orthodoxie unterscheidet.

Das strategische Interesse Russlands besteht darin, die Erweiterung der NATO durch Mazedonien zu verhindern oder zu verlangsamen, und, falls das Land NATO-Mitglied werden sollte, zumindest sicherzustellen, dass keine NATO-Militärstützpunkte auf mazedonischem Staatsgebiet errichtet werden. Im Januar 2018 gab Russlands Außenminister Sergej Lavrov eine Erklärung ab, in der er darauf anspielte, die Vereinigten Staaten würden eine Lösung im Namensstreit forcieren, um den Beitritt Mazedoniens zur NATO zu beschleunigen – ein Schritt, der eine strategische Niederlage für Russlands Bestreben wäre, seinen Einfluss auf dem Balkan wieder zur Geltung zu bringen. Lavrov sagte, das Thema habe lange Zeit geruht und werde nun wiederbelebt, „da die USA beschlossen haben, dass Skopje in die NATO gehört“.

Am 21. Januar 2018 präsentierte sich die neu gegründete mazedonische nationalistische Partei „Einiges Mazedonien“ als Verbündete von Präsident Vladimir Putins Regierungspartei. Russland ist daran interessiert, die Südflanke der geplanten Gaspipeline „Turkish Stream“ zu kontrollieren, die das Land mit dem Gasmarkt der EU verbinden soll. Der Balkan wird gemeinhin als Pufferzone zwischen Russland und der NATO angesehen, in der sich Enklaven von Russland-Sympathisierenden befinden, wie die Republika Srpska (in höherem Maße) und Serbien (in geringerem Maße; allerdings unterhält Russland in Niš ein „Zentrum für humanitäre Unterstützung“, *de facto* ein Nachrichtendienst-Drehkreuz). Russische Investitionen in Mazedonien beziehen sich in erster Linie auf die Öl- und Pharmaindustrie (Lukoil und die Protek-Gruppe), und Strojtransgaz wurde verpflichtet ein Gasnetz in Mazedonien zu errichten. 2016 betrug das Handelsvolumen zwischen Mazedonien und Russland insgesamt 173 Mio. Euro (44 Mio. Euro Export, 129 Mio. Euro Import; das ergibt ein Handelsdefizit von 85 Mio. Euro).

Mazedonien zählt zu den Balkanländer, in denen Russland den geringsten Einfluss hat, wenn in Betracht gezogen wird, dass es keine nennenswerte militärische Zusammenarbeit zwischen den Staaten gibt und keine bedeutsamen Waffengeschäfte oder Abkommen über militärischen oder nachrichtendienstlichen Austausch bestehen. Mit den USA und der Türkei hingegen pflegt Mazedonien einen erheblichen Austausch in allen erwähnten Bereichen. Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten finanziert Russland in Mazedonien keine Aktivitäten, die zur Beeinflussung der öffentlichen Wahrnehmung dienen soll. Deren finanzielle Unterstützung für Entwicklung und Zivilgesellschaft wird tatsächlich genau zu diesem Zweck eingesetzt. Russland vergibt 20 bis 30 Stipendien pro Jahr an Studierende mit russischen Wurzeln für ein Studium in der Russischen Föderation. Es

gibt in Mazedonien keine Medien oder Banken, die sich in russischem Besitz befinden. Die russische Medienpropaganda in Mazedonien stammt entweder direkt aus Moskau oder aber aus Serbien, Griechenland oder Bulgarien.

Was die Stärkung der Streitkräfte, die Weiterbildung von Militärpersonal und die gemeinsame Durchführung von Übungsmanövern betrifft, so sind die USA und die Türkei sowohl die einzigen strategischen Partner Mazedoniens als auch Geberländer von militärischer Ausrüstung.

Die **Türkei** ist traditionell ein starker Partner Mazedoniens seit seiner Unabhängigkeit 1991 und gehörte zu den ersten Ländern, die Mazedoniens Unabhängigkeit anerkannten. Sowohl die militärische als auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit ist intensiv. Durch wirtschaftliche, kulturelle und infrastrukturelle Maßnahmen versucht die Türkei, in den ehemals osmanisch beherrschten Gebieten eine Interessens- und Einflussosphäre zu schaffen und ihren Einfluss insbesondere in Ländern mit nennenswerter muslimischer Bevölkerung zu stärken. In Mazedonien investiert die Türkei neben dem Wirtschaftssektor auch in die Bereiche Bildung, Kultur und Religion (obwohl sie keinen bedeutenden Einfluss auf die Islamische Gemeinschaft Mazedoniens ausüben kann). In den letzten 15 Jahren hat die Hizmet Bewegung in Bildungsinstitutionen und die Privatwirtschaft Einzug gehalten. Präsident Erdogans Ziel ist es, auf diesen Gebieten Einfluss zurückzugewinnen und die Kontrolle zu übernehmen. Insbesondere über die staatliche Entwicklungshilfeorganisation „Türkisches Präsidium für Kooperation und Koordination (TIKA)“ kümmert sich die Türkei um die technische Infrastruktur für den Erhalt des Kulturerbes aus der Zeit des Osmanischen Reichs. Im Rahmen dieses Programms sind im Verlauf der letzten Jahre mehrere Moscheen und Kulturobjekte saniert worden.

Es gibt eine signifikante türkische ethnische Minderheit in Mazedonien. Deren politische Parteien sind in der Regierungskoalition und stellen Vertreter auf allen Ebenen, von Abgeordneten über Minister bis hin zu einem Bürgermeister. Die Partei BESA (Partei der ethnischen Albaner Mazedoniens), die seit jüngstem auf der politischen Bühne Mazedoniens mitspielt, wurde durch die türkische Regierungspartei AKP unterstützt. Erdogans Ziel war es, mithilfe von BESA die Gemeinden zu gewinnen, die als Festungen der Gülen-Unterstützer gelten, um so die Kontrolle über diese „Jemaats“ zu erlangen – als ersten Schritt der „Eroberung“ der Islamischen Gemeinschaft Mazedoniens. Infolge entscheidender politischer Fehleinschätzungen und der gegenseitigen Spaltung der BESA-Partei in proalbanische Nationalisten und protürkische Konservative, erweitert die AKP ihre Strategie nun in Richtung Registrierung eines eigenen Parteiverbands in Mazedonien. Zielgruppe einer solchen AKP in Mazedonien sind die Angehörigen der türkischen Minderheit und die über 3.000 türkischen Studierenden, die in Mazedonien leben. Dies würde die bestehenden Parteien der türkischen Minderheit erheblich schwächen.

Neben zahlreichen Investitionen in den Bau von Wohn- und Geschäftsgebäuden (Cevahir Sky City, Limak Holding, Koç), in den Bankensektor (Halk Bank) und das private Gesundheitswesen (Acibadem Sistina) wurde auch der neue Flughafen von Skopje durch ein türkisches Unternehmen realisiert. Die TAV Airports Holding erhielt nicht nur den Zuschlag für den Bau dieses Flughafens, sondern auch für denjenigen in Ohrid, der im Verlauf der nächsten zwanzig Jahre eröffnet werden soll. 2016 betrug das Handelsvolumen zwischen Mazedonien und der Türkei insgesamt 379 Mio. Euro (64 Mio. Euro Exporte und 315 Mio. Euro Exporte; ergibt ein Handelsdefizit von 251 Mio. Euro).

Die **Volksrepublik China** unterhält traditionell gute bilaterale Beziehungen mit Mazedonien und erkennt das Land unter seinem verfassungsgemäßen Namen an. Peking

arbeitet eifrig an seinem Projekt „One Belt, One Road“, das eine Neuauflage der Seidenstraße vorsieht. Mazedonien befindet sich hier auf der Liste von 16 Staaten in Ost- und Mitteleuropa, die von den Transport- und Handelskorridoren nach Europa profitieren werden. Mit der Annahme eines chinesischen Staatsdarlehens in Höhe von 580 Mio. Euro begann Mazedonien 2013 in Infrastrukturprojekte wie den Bau der Autobahnen Skopje-Štip (Ostmazedonien) und Kičevo-Ohrid (Westmazedonien) zu investieren. Seit der Übernahme des Hafens von Piräus unterstützt China den Wiederaufbau der Eisenbahnlinie, die Athen (Griechenland), Skopje (Mazedonien) und Belgrad (Serbien) mit Budapest (Ungarn) verbindet. Es gibt Pläne zur Schiffbarmachung der Flüsse Vardar-Morava-Donau, um eine direkte Verbindung zwischen dem Mittelmeer und der Donau und somit Mitteleuropa zu schaffen. Die Verwirklichung dieser Pläne würde ca. 17 Mrd. USD kosten und mindestens zehn Jahre Bauzeit in Anspruch nehmen. China hat bisher in Mazedonien weder ein Unternehmen übernommen noch gegründet, das als Drehkreuz dienen würde, wie dies in Serbien und Ungarn der Fall ist. Die Tätigkeit chinesischer Unternehmen in Mazedonien wird entweder von Bonn, Belgrad oder Athen aus geleitet. Auf dem Gebiet der Bildung und Kultur ist China durch das Konfuzius-Institut in Skopje präsent. 2016 betrug das Handelsvolumen zwischen Mazedonien und China insgesamt 425 Mio. Euro (43 Mio. Euro Exporte und 381 Mio. Euro Importe; ein Handelsdefizit von 338 Mio. Euro).

Die **Länder der Golfregion** versuchen in erste Linie, ihren Einfluss auf die islamische Gemeinschaft zu stärken und engere Wirtschaftsbeziehungen zu knüpfen. Nur **Katar** unterhält eine Botschaft in Mazedonien. **Saudi-Arabien** koordiniert von der albanischen Hauptstadt Tirana aus seine Präsenz in Mazedonien und unterstützt vor allem den Wiederaufbau religiöser Objekte sowie Bildungsprogramme für islamische Funktionsträger. Beide Bemühungen treffen auf den Widerstand der Islamischen Glaubensgemeinschaft (offizielle Glaubensvertretung der Muslime in Mazedonien).

Die Wahhabiten, deren Bewegung in Saudi-Arabien wurzelt, kontrollierten bis 2015, als die Aktion „Zelle“ durchgeführt wurde, mehrere Moscheen in Skopje. Der bilaterale Handel zwischen Mazedonien und den Golfstaaten ist nicht besonders ausgeprägt. Er kann nur über den gesamten Handel mit den OPEC-Staaten beziffert werden, der 2016 6 Mio. Euro an Importen und 31 Mio. Euro an Exporten betrug (ein Handelsdefizit von 25 Mio. Euro). Die Summe der Gelder, die jährlich von Saudi-Arabien, Katar und Kuwait an Nichtregierungsorganisationen in Mazedonien fließen, beträgt einige Hunderttausend USD und ist somit kaum von Bedeutung. Saudi-Arabien und die Türkei befinden sich in einem ständigen Konkurrenzkampf um den Einfluss auf die muslimische Gemeinschaft Mazedoniens und um die Vorherrschaft der Lehre in den Moscheen. Gewisse Schenkungen für Glaubensaktivitäten in Mazedonien aus den Golfstaaten sind über türkische Nichtregierungsorganisationen und Gemeinden umgeleitet worden – hier spielt die türkische Gemeinde Bursa eine wichtige Rolle. Es gibt salafistische Gemeinschaften (aber keine Moscheen) in Mazedonien, die außerhalb der Islamischen Glaubensgemeinschaft agieren und unter dem Einfluss selbsternannter Imame stehen, die von Golfstaaten ausgebildet und finanziert wurden. Es gibt eine Repräsentanz der Muslimbrüder in Mazedonien, die unter dem Namen „Islamisches Jugendforum“ die (albanische) Partei DUI infiltriert und in Gemeinden mit DUI-Bürgermeistern aktiv ist. Dies führt zu einem steigenden Radikalisierungsrisiko.



## Rumänien

von Dr. Dr. Hans Martin Sieg

### Euroatlantische und europäische Integration

Rumänien ist seit 2004 Mitglied der NATO und seit 2007 Mitglied der EU. Dennoch hat Rumänien den Euro noch nicht eingeführt und gehört auch nicht dem Schengen-Raum an.

### Welche Funktion und Rolle nehmen die externen Akteure ein?

Die **Vereinigten Staaten** gelten als wichtigster sicherheitspolitischer Verbündeter von Rumänien. Seit 20 Jahren verbindet die zwei Länder eine sog. Strategische Partnerschaft, die im September 2011 aufgrund der *Gemeinsamen Erklärung über die Strategische Partnerschaft für das 21. Jahrhundert* erweitert wurde. Seit 2016 ist in Rumänien ein Teil des amerikanischen Raketenabwehrsystems stationiert.

Hingegen sind die Beziehungen zur **Russischen Föderation** auf politischer Ebene faktisch eingefroren. Insbesondere in Bezug auf die Republik Moldau – die in Bukarest aufgrund der gemeinsamen Sprache und eines weitgehend einheitlichen kulturellen und historischen Erbes als prioritär gelten – gibt es gegensätzliche Interessen: Bukarest wünscht sich zumindest die Annäherung der Republik Moldau an die westlichen Strukturen (EU und NATO) und Teile der politischen und kulturellen Eliten streben sogar die (Wieder-) Vereinigung mit der Moldau an, während Moskau die Moldau im eigenen Einflussbereich beibehalten möchte und entsprechend ausgerichtete Politiker vor Ort unterstützt.

Mit der **Volksrepublik China** pflegte Rumänien vor der Wende enge Beziehungen und auch gegenwärtig ist das bilaterale Verhältnis der zwei Länder gut. Insbesondere die Sozialdemokratische Partei (PSD) legt einen hohen Wert auf die rumänisch-chinesische Partnerschaft. 2004 und 2013 – jeweils während der Amtszeit von PSD-dominierten Regierungen – wurden gemeinsame Regierungserklärungen über die Vertiefung der Beziehungen zwischen Bukarest und Peking verabschiedet.

Die **Golf-Staaten** spielen in Rumänien eine beschränkte Rolle. Aufgrund des äußerst geringen muslimischen Bevölkerungsanteils gab es für Länder wie Saudi-Arabien oder die VAE kaum Anreize, sich in Rumänien zu engagieren. Im Gegensatz zu den arabischen Staaten in Nordafrika oder zu Ländern wie Irak, Jordanien oder Syrien, zu denen es vor 1989 traditionell gute Beziehungen gab, ist der Aufbau von Beziehungen zu den Golf-Staaten relativ neu. Zu Saudi-Arabien etwa wurden erst 1995 diplomatische Beziehungen aufgenommen, zu den VAE 1989 und zu Katar 1990.

Ein deutlich engeres Verhältnis hat Rumänien zur **Türkei**. Im Dezember 2011 wurde zwischen den zwei Ländern eine Strategische Partnerschaft vereinbart.

### Was sind Agenda und Interessen der externen Akteure?

Aufgrund der geopolitischen und -strategischen Bedeutung von Rumänien für die regionale Stabilität und vor dem Hintergrund des ambivalenten außenpolitischen Kurses von anderen Ländern in Südosteuropa – u.a. Bulgarien und Serbien – hat Bukarest eine zentrale Rolle als Verbündeter der **Vereinigten Staaten** einnehmen können. Deswegen bemüht sich Washington auch um die Unterstützung des in der Region einzigartigen rumänischen Kampfes gegen die Korruption, um eine langfristige Vorhersehbarkeit des politischen Handelns der Bukarester Eliten herbeizuführen.

Eine langfristige Strategie der **Russischen Föderation** in Bezug auf Rumänien ist nicht zu erkennen. Moskau versucht den rumänischen Einfluss in der Republik Moldau zu kontern, den-noch sollte selbst diese vor allem diskursiv ausgetragene Auseinandersetzung nicht überschätzt werden.

Die **Volksrepublik China** setzt in der Beziehung zu Rumänien vor allem auf die wirtschaftliche Dimension, obgleich chinesische Investitionen keine führende Position einnehmen. Gleichzeitig gehört Rumänien zu den Ländern innerhalb der EU, die tendenziell eine China-freundliche Haltung aufweisen. Bukarest unterhält keine Beziehungen zu Taiwan und diesbezügliche Initiativen wurden von rumänischen Stellen auf Anfrage der chinesischen Seite blockiert.

In Rumänien ist kein besonderes strategisches Interesse der **Golf-Staaten** zu erkennen. Vor allem die wirtschaftliche Dimension der Beziehungen ist relevant, wobei auch diese begrenzt ist.

Regional- und wirtschaftspolitisch spielt Rumänien in den strategischen Erwägungen der **Türkei** aufgrund der geographischen Lage des Landes zwar eine bedeutende Rolle, jedoch gibt es u.a. in Rumänien nur eine sehr kleine türkische Gemeinschaft (deren Loyalität zum rumänischen Staat nie in Frage gestellt wurde) und somit keine Grundlage für die ansonsten in der Region zu verzeichnende „neo-osmanische“ Diplomatie von Präsident Erdogan.

## Über welche Ressourcen verfügen die externen Akteure? Wie gestalten sich die Wirtschaftsbeziehungen?

Es gibt kaum ein Land auf dem Balkan und in der unmittelbaren Nachbarschaft – ggf. mit Ausnahme von Albanien oder dem Kosovo – dessen Bevölkerung eine derart pro-amerikanische Einstellung aufweist. Umfragen belegen, dass über 70 Prozent der Rumänen eine positive Haltung zu den **Vereinigten Staaten** haben. Schon nach dem Zweiten Weltkrieg hofften viele Rumänen, dass die „Amerikaner kommen“ würden, und nach 1989 stieg die amerikanische Leitkultur faktisch zum gesellschaftlichen Ideal auf – von Filmen bis hin zu Fast-Food-Restaurantketten. Auch amerikanische Nischenakteure – z.B. neoprotestantische Freikirchen – ließen sich nach 1990 in Rumänien nieder, während zivilgesellschaftliche Organisationen wie die Soros-Stiftung oder amerikanische politische Stiftungen ein breites Spektrum an Maßnahmen insbesondere für künftige Eliten durchführten.

Prägend für die geopolitische Orientierung von Rumänien ist seit 1995 der sog. „Konsens von Snagov“, der die europäische und euroatlantische Ausrichtung des Landes parteiübergreifend verankert hat. Im Parlament waren und sind keine politischen Parteien vertreten, die einen geopolitischen Kurswandel herbeizuführen versuchen. Die politischen Beziehungen zur **Russischen Föderation** sind seit der Präsidentschaft von Traian Basescu (2004 – 2014) faktisch eingefroren. Der letzte Kontakt auf der Ebene der Präsidenten fand 2008 statt, als Wladimir Putin Bukarest im Rahmen des NATO-Russland-Rates besuchte. Bilaterale Kontakte hingegen waren in den vergangenen Jahren – mit Ausnahme der Kooperation im Bildungs- und Kulturbereich – nicht zu verzeichnen. Zuletzt besuchte 2013 ein rumänischer Außenminister Moskau. Im Gegensatz zu allen anderen Ländern Südosteuropas ist Rumänien nur in geringem Maße auf russische Gasimporte angewiesen. Lediglich 17 Prozent des Bedarfs an Energieprodukten musste (Stand: 2014) über Importe abgedeckt werden, wodurch Rumänien nach Estland und Dänemark die größte Energieunabhängigkeit unter den EU-Mitgliedstaaten aufweist.

Mittlerweile genießt die **Volksrepublik China** in Rumänien einen guten Ruf als High-Tech-Land, aber ein Teil der rumänischen Öffentlichkeit betrachtet das „Reich der Mitte“ aufgrund des autoritären politischen Systems mit einer gewissen Skepsis. Insbesondere in der Zivilgesellschaft war z.B. der Besuch des chinesischen Premierministers in Bukarest im Jahr 2013 umstritten. Auch die fügsame Haltung der rumänischen Behörden, die zuletzt im Juli 2017 bei einem chinesisch-mittelosteuropäischen parlamentarischen Gipfeltreffen den Zugang einer chinesischen Oppositionszeitung im Parlamentsgebäude verwehrten, sorgte für Kritik.

Die arabische Soft Power der **Golf-Staaten** kommt in der relativ konservativen und christlich verwurzelten rumänischen Gesellschaft kaum an. Die VAE sind höchstens als Luxus-Tourismusdestination bekannt.

Die **Türkei** ist hingegen ein wichtiger wirtschaftlicher Partner. 2017 waren in Rumänien über 14.000 Unternehmen mit türkischem Kapital registriert. Ein beschränktes Maß an Soft Power ist auch zu verzeichnen – u.a. fungiert in Rumänien ein örtlicher Ableger des türkischen TV-Senders Kanal D. Die Religionsbarriere verhindert jedoch einen höheren Einfluss.

Der bilaterale Handel zwischen den **Vereinigten Staaten** und Rumänien umfasste im Jahr 2016 2,677 Mrd. US-Dollar. Die USA liegen jedoch bei ausländischen Direktinvestitionen in Rumänien lediglich auf Platz 13 (dies entspricht 1,90 Prozent der ausländischen

Direktinvestitionen). Aktuell versuchen die USA, die wirtschaftliche Komponente der Strategischen Partnerschaft auszuweiten. 2015 umfasste der bilaterale Handel mit der Russischen Föderation 3,3 Mrd. US-Dollar – um 33,8 Prozent weniger als im Vorjahr. 2008 lag das entsprechende Handelsvolumen noch bei 5,9 Mrd. US-Dollar.

Die **Volksrepublik China** spielt bei den ausländischen Direktinvestitionen in Rumänien nur eine beschränkte Rolle. Der bilaterale Handel lag 2016 bei ca. 4,5 Mrd. US-Dollar mit deutlich steigender Tendenz.

Das bilaterale Handelsvolumen zu den **Golf-Staaten** ist niedrig und lag 2015 insgesamt bei unter 1 Mrd. US-Dollar. 2016 umfasste der bilaterale Handel mit der Türkei 4,852 Mrd. US-Dollar.

Außerhalb der EU ist die **Türkei** das wichtigste Zielland für rumänische Exporte.

### Welche Akteure können als Gegner oder Gleichgesinnte eingestuft werden?

Aufgrund der geographischen Lage von Rumänien spielt die Auseinandersetzung zwischen **Russland** und den **Vereinigten Staaten** eine zentrale Rolle. Moskau ist an einer Beschränkung des amerikanischen Einflusses in der Region interessiert und betrachtet insbesondere das US-Raketenabwehrsystem mit Skepsis. Die Volksrepublik China spielt im regionalpolitischen Geflecht auf dem Balkan eher eine geringe Rolle, insbesondere in Rumänien, dessen Verpflichtungen als EU- und NATO-Mitglied in der Gestaltung der außenpolitischen Richtlinien von Bukarest eindeutig prioritär sind. Die **Türkei** gilt bislang in Rumänien als wichtiger sicherheitspolitischer Partner u.a. aufgrund einer gemeinsamen Interessenlage in Bezug auf die Beschränkung des russischen Einflusses in der Region.

Im Gegensatz zu den westeuropäischen Staaten, wo die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten mit Skepsis betrachtet wurde, ist in der Dynamik der Beziehungen zwischen Rumänien und den **Vereinigten Staaten** keine negative Tendenz zu beobachten. Im Gegenteil: Klaus Iohannis war am 9. Juni 2017 zu Gast im Weißen Haus – als erstes Staatsoberhaupt aus dem östlichen Europa. Trump nutzte die Gelegenheit, um den rumänischen Kampf gegen die Korruption öffentlich zu loben, bekannte sich zur Beistandsgarantie des Nordatlantikvertrages und bezeichnete die bilateralen Beziehungen als „stärker denn je“.



## Serbien und Montenegro

*von Norbert Beckmann-Dierkes*

### Euroatlantische und europäische Integration

Serbien verfolgt eine Politik der sicherheitspolitischen Neutralität und hegt keine Bestrebungen NATO-Mitglied zu werden, ist aber Mitglied im Programm NATO Partnerschaft für den Frieden. Montenegro hingegen wurde 2017 als 29. Mitgliedsstaat in die NATO aufgenommen. Beide Länder sind jedoch bestrebt Aufnahme in die EU zu finden und sind EU-Beitrittskandidaten. Ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen Serbiens mit der EU ist 2013 in Kraft getreten, seit 2009 verfügt Serbien über EU-Visafreiheit. Die EU-Beitrittsverhandlungen begannen 2015 mit der Eröffnung der ersten Beitrittskapitel. Ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen Montenegros mit der EU ist 2010 in Kraft getreten, seit 2009 verfügt Montenegro über EU-Visafreiheit. Die EU-Beitrittsverhandlungen begannen 2012 mit der Eröffnung der ersten Beitrittskapitel. Weit über die Hälfte der Acquis-Kapitel ist in den Verhandlungen inzwischen geöffnet.

### Welche Funktion und Rolle nehmen die externen Akteure ein?

Im Jahr 2010 begann eine Phase der langsamen (und anhaltenden) Distanzierung der **Vereinigten Staaten** aus der Region Südosteuropa und die EU wurde in der Folge der wichtigste politische Partner. Die amerikanische Administration konzentrierte sich mehr auf andere Weltregionen, blieb aber in Serbien und Montenegro präsent. Das Hauptziel der amerikanischen Außenpolitik in Serbien und Montenegro ist die Bewah-

rung der Stabilität und die Einbindung der Region in die Sicherheitsstrukturen der NATO. Die USA unterstützen mal mehr oder weniger aktiv den Prozess des EU-Beitritts Serbiens und Montenegros, der sich in unterschiedlichen Phasen befindet. Für die derzeitigen Regierungen sind die Vereinigten Staaten ein wichtiger Ansprechpartner zum einen für die Entwicklungen in Bosnien und Herzegovina und zum anderen hofft man auf einen stärkeren wirtschaftlichen Austausch mit den USA.

Der politische Einfluss der **Russischen Föderation** in Serbien beruht auf drei Säulen:

1. Russland als ständiges Mitglied des UNO-Sicherheitsrates (z.B. verhinderte Russland die Anerkennung des Kosovo als unabhängiger Staat)
2. Die historische, kulturelle und politische Verbindung Russlands mit den Staaten mit orthodoxer Tradition
3. Russland als Hauptenergieversorger für die Region (Russland als Investor und Handelspartner)

Russland möchte auf dem Westlichen Balkan eine Ausweitung des amerikanischen Einflusses verhindern. Auf Grund der zentralen Lage Serbiens und der besonders engen Beziehungen, unternimmt Moskau einiges an politischen Anstrengungen um seine Rolle als einzig verlässlicher und „werteorientierter“ Partner Serbiens zu untermauern.

Die **Volksrepublik China** genießt in Serbien ein hohes Ansehen, da es die Position der Republik Serbien gegenüber dem Kosovo, und Serbien selbst während der Bombenangriffe in 1999 unterstützte. China hat die Unabhängigkeit Kosovos nicht anerkannt und unterstützt weiterhin die Umsetzung der Resolution 1244. Im Jahr 2009 unterzeichneten der damalige Präsident der Republik Serbien, Boris Tadic, und der damalige Präsident der Volksrepublik China, Hu Jintao, ein Abkommen über eine strategische Partnerschaft der beiden Länder. Der Minister für Wirtschaft und regionale Entwicklung, Mladan Dinkic, unterzeichnete ein Abkommen über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit der Republik Serbien und der Volksrepublik China in Infrastrukturprojekten. Das konkrete Ergebnis sind zwei Infrastrukturprojekte: eine Brücke über die Donau und das Wärmekraftwerk Kostolac. Boris Tadic bezeichnete im gleichen Jahr China als die vierte Säule der Außenpolitik Serbiens und im Jahr 2013 unterzeichneten die Präsidenten Tomislav Nikolic und Xi Jinping eine Gemeinsame Erklärung über die Vertiefung der strategischen Partnerschaft.

Serbien wurde unter Befürwortung Chinas 2014 zu den 16 plus 1 Gipfeltreffen – China und die Länder Zentral- und Osteuropas – eingeladen, 2015 fand dieses Gipfeltreffen in Belgrad statt, dort wurden für die Gesamtregion Infrastrukturprojekte im Umfang von 900 Mrd.\$ in Aussicht gestellt. Ministerpräsident Vucic unterzeichnete damals eine Absichtserklärung mit dem chinesischen Unternehmen HBIS (dem zweitgrößten Hersteller von Stahl in der Welt) zum Kauf der Eisenhütte Smederevo, einem der schwierigsten Privatisierungsprojekte der serbischen Regierung. Die Hesteel Group kaufte 2016 schließlich die Eisenhütte Smederevo.

In Serbien verfolgt China unter dem Namen „Neue Seidenstraße“ eine Stärkung vor allem der wirtschaftlichen Verbindungen zwischen China und der Europäischen Union. Auch mit der Begründung die sozialen und kulturellen Verbindungen zwischen Europa, China und weiteren Ländern Zentralasiens zu vertiefen, stellt China umfangreiche finanzielle Mittel für Serbien und Montenegro in Aussicht. China unterstützt hierbei die Beteiligung Serbiens an den 16 plus 1 Gipfeltreffen und fördert dabei eine aktive Rolle Serbiens. Die Einrichtung eines eigenen Büros und Nationalrates in Serbien für China und

Russland unter Leitung von Ex-Präsident Nolic im Jahr 2017 sind ein deutliches Signal für den zunehmenden Einfluss Chinas in Serbien. Chinesen zählen in Serbien auch zu den 31 anerkannten Minderheiten, allerdings ohne Mitgliedschaft im Nationalen Minderheitenrat.

Die **Vereinigten Arabischen Emirate** fallen insbesondere durch prestigeträchtige Großinvestitionen wie das Belgrader „Waterfront“ Projekt auf. Als Großinvestor genießen die VAE in der serbischen Außenpolitik besondere Aufmerksamkeit, regelmäßige Besuche hochrangiger Regierungsvertreter sowohl aus Serbien in die VAE als auch umgekehrt vertiefen die wirtschaftlichen Verflechtungen. Außenpolitisch werde die Regierung ihren bisherigen Kurs kontinuierlich beibehalten, erklärte die neue Premierministerin Brnabić, was sowohl die Annäherung an die EU bedeutet als auch gute Beziehungen zu Russland, zu den Vereinigten Arabischen Emiraten und China sowie auch die Bewahrung der territorialen Integrität Serbiens.

Serbien und Montenegro haben eine ca. 500 Jahre lange gemeinsame osmanische Geschichte. Bis heute ist das osmanische Erbe im Alltagsleben spürbar, führt aber nicht zu besonders tiefen und freundschaftlichen Stimmungen in der Bevölkerung. Eher ist das Gegenteil der Fall, die Unabhängigkeit von der Hohen Pforte und damit verbunden, Russland als enger Freund und Verbündeter, werden gemeinsam gedacht. Die Grundlage des politischen Einflusses der **Türkei** in Serbien und Montenegro bilden die muslimischen Gemeinschaften, die auch ein Erbe des Osmanischen Reichs darstellen. In diesem Sinne sind für die Türkei Albaner und Bosniaken gleich wichtig, sie stehen im Zentrum der türkischen Interessen in Serbien und Montenegro. Serbien und Montenegro sind als Staaten des westlichen Balkans, Teil der „ersten Interessenszone“ der vom vormaligen Außenminister und Premierminister Davutoglu definierten Außenpolitik der Türkei.

## Was sind die langfristigen Ziele und Interessen der Akteure?

Die **Vereinigten Staaten** sind in erster Linie an der Bewahrung der Stabilität in der Region interessiert und zum anderen an eine Einbindung Serbiens und Montenegros in die Sicherheitsstrukturen der NATO. Zeitweise schien es ein größeres wirtschaftliches Interesse zu geben, doch kann man hier das Engagement eher als punktuell bezeichnen.

Die **Russische Föderation** betrachtet den Balkan als traditionelles Einflussgebiet und setzt sich für die territoriale Integrität und Souveränität Serbiens ein, das entspricht auch der Verfassung und den bisherigen außenpolitischen Zielen Serbiens. In allen Fragen zum Kosovo konnte sich Serbien auf den Beistand Russlands verlassen, sodass die volle völkerrechtliche Anerkennung immer wieder auch an den Voten Russlands scheiterte. Inwiefern die aktuellen leichten Veränderungen der serbischen Positionen hinsichtlich der Kosovofrage das Verhältnis zu Russland beeinflussen oder die russische Position ändern, bleibt abzuwarten. Anzeichen dafür sind derzeit noch nicht erkennbar.

Russland setzt seine Prioritäten auf die Verhinderung einer NATO-Erweiterung und den Abschluss neuer sicherheitspolitischer Verträge in Europa. Die NATO-Raketenangriffe auf Serbien bilden bis heute den Resonanzboden für eine deutliche Ablehnung der NATO in Serbien und machen Serbien zu einem idealen Ausgangspunkt für eine Anti-NATO-Politik Russlands.

Eine Neutralisierung Serbiens als einflussreichstem Land auf dem westlichen Balkan kann als strategisches Ziel Russlands analysiert werden. Damit würde Russland den

Einfluss in der Region aufrechterhalten und kann so in die EU-Integrationspolitik als auch auf sicherheitspolitische Interessen Europas einwirken. Der russische Einfluss zielt auch auf die Verlangsamung des EU-Integrationsprozesses für Serbien und Montenegro.

Die NATO-Mitgliedschaft Montenegros war für Russland in diesem Sinne ein herber Rückschlag und führte zu entsprechenden heftigen politischen Reaktionen, die von der Unterstützung von politischen Unruhestiftern in Montenegro bis zu wirtschaftlichen Sanktionen reichen. Ca. 50% der montenegrinischen Bevölkerung lehnt bis heute die NATO-Mitgliedschaft ab, alle Regierungsparteien und Teile der Opposition haben die Mitgliedschaft aktiv betrieben und lehnen ein von Teilen der aus Russland gesteuerten Opposition gefordertes Referendum zu dieser Frage ab. Entsprechend ist das Verhältnis von Montenegro zu Russland aktuell abgekühlt, obgleich das wirtschaftliche Druckpotential Russlands auf Montenegro hochbleibt, 40% des Immobilienbesitzes an der montenegrinischen Adriaküste sind in russischem Besitz und Russen bilden weiterhin die größte Gruppe von Touristen.

Der „Belt and Road Action Plan 2015 – Neue Seidenstraße“ hat die Erhöhung des Handels mit Zentralasien, dem Nahen Osten und Europa sowie eine langfristige Erweiterung des Einflusses der **Volksrepublik China** zum Ziel. Hierbei spielt vor allem der Zugang zur Europäischen Union eine wichtige Rolle, was auch durch weitere Infrastrukturprojekte (Hafen und Flughafenbeteiligungen in Griechenland, Straßen- und Schienenwegebau in den Ländern des westlichen Balkan und Ungarn) gezeigt wird.

China geht davon aus, dass einige Länder des Westlichen Balkans in absehbarer Zeit Mitglied der EU werden. So würden durch die heutige Förderung, einige „Freunde Chinas“ mehr in Brüssel am Verhandlungstisch sitzen und aus chinesischer Sicht problematische Fragen, wie zum Beispiel zu Menschenrechten, entschärfen.

Die **Vereinigten Arabischen Emirate** sehen in Serbien in erster Linie ein interessantes Investitionsfeld vor den Toren der Europäischen Union und einfache Wege für Großinvestitionen ohne „unnötige“ rechtliche Hürden. Die Investitionen in Landwirtschaft, Immobilien und Infrastruktur dienen der Diversifizierung der Wirtschaft der VAE zur Loslösung von der Abhängigkeit vom Erdöl.

Die **Türkei** verfolgt auf dem westlichen Balkan, also auch in Serbien und Montenegro, eine „Zero Problems with Neighbours“ und „Win-win“ Politik, die in erster Linie auf wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen bezogen ist, da die Sicherheit des Balkans als Grundlage der Sicherheit der westlichen Grenzen der Türkei betrachtet wird.

Wirtschaftlich ist die Türkei an der Entwicklung von Verkehrswegen zwischen dem Balkan, dem Nahen Osten und Asien interessiert, die Istanbul mit dem Adriatischen Meer und der Donau verbinden. Um den russischen Einfluss in der Region auszubalancieren setzt sich die Türkei für die innere Sicherheit und die territoriale Integrität Serbiens und Montenegros, vor allem aber Albaniens, Bosniens und Mazedoniens ein.

Für die türkischen Interessen ist die Stärkung der Position der Bosniaken in Serbien und Montenegro bedeutend, da sie hier auch einen erfolgversprechenden Weg zur Stärkung des Islams in der Region sehen. Die Region der muslimischen Bosnier, der Sandzak, erstreckt sich über Serbien, Montenegro, Bosnien und das Kosovo. Bestrebungen einer Selbstständigkeit der Region werden sowohl von den serbischen als auch von den montenegrinischen politischen Parteien der Bosniaken abgelehnt, eine Integration in die jeweiligen Staaten betrieben, wohl aber eine besondere Stellung im Rahmen der

Minderheitenpolitiken der Länder eingefordert. Sowohl in Serbien als auch in Montenegro sind bosniakische oder muslimische Minderheitenparteien an der Regierung beteiligt.

## Über welche Ressourcen verfügen die externen Akteure?

Die **Vereinigten Staaten** sind sowohl in Serbien als auch in Montenegro mit aktiven Botschaften vertreten. In aktuellen Veröffentlichungen wird der Ausbau der engeren Zusammenarbeit in sicherheits- und wirtschaftspolitischen Fragen betont. Weiterhin sind NDI und IRI sowohl in Serbien als auch in Montenegro vor Ort. Beide Institutionen engagieren sich bei der Förderung von Nachwuchspolitikern, arbeiten mit Parlamentariern zusammen und engagieren sich im Rechtsstaatsbereich. Das anglo-amerikanische Rechtsverständnis im Gegensatz zur kontinentaleuropäischen Rechtsauffassung wird hierbei besonders in der Zusammenarbeit mit den Justizbehörden und Juristenvereinigungen propagiert.

Das heutige NATO Engagement wird in der serbischen Öffentlichkeit mit den USA und der EU in Verbindung gebracht und entsprechend negativ konotiert.

Paradox erscheint, dass 2007 das Parlament der Republik Serbien eine Resolution über den Schutz der Souveränität, der territorialen Integrität und der Verfassungsordnung der Republik Serbien verabschiedet hat, Militärneutralität und Militärzusammenarbeit aber die bedeutendste Form der Zusammenarbeit zwischen der Republik Serbien und den USA ist. So gab es alleine 2015 197 Militärübungen der serbischen Streitkräfte mit der NATO, 370 bilaterale Aktivitäten mit NATO-Mitgliedsstaaten und gleichzeitig 36 Übungen mit Russland. Die Wahrnehmung in der internationalen, hier besonders westlichen, aber auch in der nationalen Presse, ist eine komplett andere.

Die USA unterstützen den Dialog zwischen Belgrad und Pristina und arbeiten mit der EU erfolgreich zusammen.

Sowohl in Montenegro als auch in Serbien ist USAID mit Hilfsprogrammen aktiv. Die Vereinigten Staaten sind in den serbischen Medien und in der Bevölkerung nicht populär, da man sie in erster Linie als NATO-Führer wahrnimmt. Bei den Filmfestspielen in Belgrad genießen amerikanische Produktionen Aufmerksamkeit, ohne dass sie allerdings besonders hervorgehoben werden.

Neben der Botschaft in Belgrad verfügt die **Russische Föderation** mit dem Humanitären Zentrum in Nis über eine Einrichtung, die starken Einfluss sowohl auf zivilgesellschaftliche Akteure als auch auf wissenschaftliche Einrichtungen nimmt. Durch die Unterstützung einer großen Anzahl von NGOs wirbt Russland für ein positives Russlandbild im Gegenteil zum liberalen und toleranten westlichen Gesellschaftsbild. Hierbei spielt auch die serbisch-orthodoxe Kirche eine erhebliche Rolle, da sie in ständigem Austausch mit dem Moskauer Patriarchat und unter dessen massivem Einfluss steht. Insbesondere in der Frage der Anerkennung des Kosovo lassen Vertreter der Kirche nichts unversucht, den verfassungsrechtlichen Status zu erhalten und betrachten das Kosovo als Teil Serbiens. Bei Wissenschaftlern und wissenschaftlichen Instituten nimmt Russland ebenfalls über das Humanitäre Zentrum in Nis u.a. über gute Honorarzahungen Einfluss auf die politisch-inhaltliche Ausrichtung der Einrichtungen. In den Medien übt Russland durch Zeitungen aber vielmehr durch TV- und Radioprogramme Einfluss auf die öffentliche Meinung aus. Politisch bestehen gute Kontakte zur regierenden EVP-Partnerpartei SNS und mit der Einrichtung des Büros zur Förderung der Beziehungen zu China und

Russland unter der Leitung von Ex-Präsident Nikolic auch eine eigene Institution auf Regierungsebene.

Kultur und Religion spielen in den russisch-serbischen Beziehungen eine wichtige Rolle. Die serbisch orthodoxe Kirche ist hier das verbindende Element. Die Rückbesinnung auf die engen Beziehungen Russlands zum Vor-Tito-Serbien bzw. Königreich Jugoslawien werden immer wieder betont. Die kommunistische bzw. sozialistische Zeit Russlands und Jugoslawiens spielen in der Geschichtswahrnehmung dabei keine herausragende Rolle. 2015 wurde das Russische Haus in Belgrad gegründet, das zur Verbreitung russischer Kultur beitragen soll. Russland verstärkt seine Bemühungen über großzügige Stipendien, Studenten und Wissenschaftler an russische Universitäten zu bringen.

In Montenegro versucht Russland über die orthodoxe Kirche starken Einfluss auf die Gesellschaft zu nehmen, bedeutender ist aber die Verbindung der Oppositionspartei „Demokratische Front“ zu Russland.

Die von der **Volksrepublik China** auch in Serbien gegründeten Konfuzius-Institute sollen chinesische Kultur und die chinesische Sprache fördern, die öffentliche Wahrnehmung ist allerdings eher gering, obgleich sowohl in Serbien als auch in Montenegro bei den Auswahlgesprächen zu den KAS-Stipendien immer wieder Bewerber angeben, Kurse in Mandarin dort belegt zu haben.

2016 wurde beim dreitägigen Staatsbesuch des chinesischen Präsidenten Xi Jinping in Serbien (der erste Besuch des chinesischen Präsidenten nach 32 Jahren) eine Vereinbarung über den Bau des Chinesischen Kulturzentrums getroffen, ein Denkmal des chinesischen Philosophen Konfuzius enthüllt, eine Straße nach Konfuzius benannt und eine Gedenktafel am Ort der ehemaligen chinesischen Botschaft, die durch NATO Raketen zerstört wurde, angebracht.

Die **Vereinigten Arabischen Emirate** sind in Serbien mit einer eigenen Botschaft vertreten und sowohl die Botschaft als auch die Vertreter der großen Investitionen verfügen über direkten Zugang zu den wichtigen Regierungsstellen. Bei den vergangenen Regierungskonsultationen wurde auch über eine mögliche Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung und einer engeren Zusammenarbeit in sozial- und arbeitsrechtlichen Fragen gesprochen. Vermutlich dient letzteres wohl vor allem der Vereinfachung der arbeits- und sozialrechtlichen Bestimmungen in Serbien von denen die VAE besonders im landwirtschaftlichen Bereich profitieren würde.

Die VAE finanzierten den Bau einer Schule und eines Kindergartens in Novi Pazar, der größten Stadt im Sandzak, dem mehrheitlich von Muslimen bewohnten Gebiet Serbiens. Ansonsten halten sich die VAE im religiösen und kulturellen Kontext zurück, die Unterstützung oder aktive Förderung radikaler islamischer Gruppen ist in Serbien nicht publik.

Die **Türkei** finanziert durch die Agentur TIKa unterschiedliche Projekte in Serbien und Montenegro. So werden insbesondere in Novi Pazar, der wichtigsten Stadt im Sandzak, die islamischen Gemeinden durch Finanzierung von Moscheen und Schulen unterstützt. TIKa engagiert sich auch im sozialen Bereich durch direkte finanzielle Hilfe für notleidende Familien und in sozialen Projekten. In Montenegro wurden zum Beispiel bis 2015 ca. 15 Mio. Euro in solche Entwicklungsprojekte investiert. Die muslimischen Minderheitenparteien unterhalten Kontakte zur AKP, hier findet auch ein regelmäßiger Meinungsaustausch statt. Türkische Firmen investieren gezielt in den muslimischen Gebieten, die eine schwache Wirtschafts- und Infrastruktur aufweisen und sind daher auch sehr

willkommen. Türkische Banken spielen vor diesem Hintergrund eine wichtige Rolle in der Wirtschaft Serbiens.

Die Türkei sieht sich als Beschützer muslimischer Interessen auf dem Balkan. Über die islamischen Gemeinden nimmt die Türkei Einfluss auf das religiöse und kulturelle Leben der Muslime in Serbien und Montenegro. Es besteht hierbei eine Konkurrenz zwischen verschiedenen islamischen Religionsgruppen, so dass es keine gemeinsame religiöse Stimme für die Muslime in Serbien gibt. Auf die Religionsgruppen versuchen sowohl der türkische Staat als auch die Gülen-Bewegung Einfluss zu nehmen. Der religiöse Einfluss aus den VAE und Saudi-Arabien ist dagegen in Serbien und Montenegro noch gering, sollten aber beobachtet werden. Die Anzahl radikaler Islamisten ist nach offiziellen Schätzungen bisher gering.

Interessant ist, dass sich durch den religiösen Einfluss im serbischen Teil des Sandzak das Angebot in den Lebensmittelgeschäften stetig verändert. War es vor zwei Jahren durchaus noch so, dass Alkohol im normalen Sortiment zu finden war, ist er heute auch in den Supermärkten fast verschwunden, stellen internationale Beobachter fest. Bei den Bekleidungsgehnheiten sind europäische und muslimische Moden friedlich miteinander im Stadtbild zu sehen.

## Die Wirtschaftsbeziehungen

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Serbien und den **Vereinigten Staaten** haben eine leicht steigende Tendenz. Die Zusammenarbeit basiert hauptsächlich auf Investitionen von amerikanischen Unternehmen in Serbien, auf einem bescheidenen Handelsaustausch und auf finanzieller Hilfe der USA sowie auf dem Präferenzstatus des Handels für bestimmte Kategorien serbischer Produkte. Allerdings sind serbische Produkte für den amerikanischen Markt kaum konkurrenzfähig. 2016 eröffnete Air Serbia eine Direktverbindung Belgrad – New York, eine wichtige Verbindung für engere Beziehungen zu den USA.

Zwischen der **Russischen Föderation** und Serbien besteht ein Freihandelsabkommen, das allerdings zu keinem größeren Handelsaustausch führt, mit Ausnahme des Energiebereiches. Durch die Energieabhängigkeit Serbiens von Russland, ist Russland der fünfgrößte Handelspartner Serbiens.

Im Jahr 2005 wurden die ersten Tankstellen des russischen Unternehmens Lukoil in Serbien geöffnet und das kann als Startsignal einer wirtschaftlichen Offensive Russlands in ganz Südosteuropa betrachtet werden.

2008 ratifizierte das Nationalparlament der Republik Serbien ein Energieabkommen mit Russland, das auf dreißig Jahre geschlossen ist und automatisch verlängert wird. In dem Vertrag wurde Gazprom garantiert, 51% der Anteile des Staatsunternehmens Erdölindustrie Serbiens (NIS) unter sehr günstigen Bedingungen erwerben könnte. Der Verkauf von NIS war weder öffentlich ausgeschrieben noch wurde er als transparenter Prozess durchgeführt. In Februar 2009 übernahm Gazpromneft 51% der Anteile am Unternehmen NIS. Dafür wurden 400 Millionen Euro bezahlt und das Unternehmen verpflichtete sich bis 2012 noch weitere 547 Millionen Euro in die Erneuerung der veralteten Infrastruktur von NIS zu investieren. Diese bevorzugte Behandlung war offensichtlich der Dank der damaligen Regierung Serbiens an Moskau für die Unterstützung in der Frage des Kosovo. Bis heute ist Russland der Hauptenergieversorger Serbiens. Die Abhängigkeit Serbiens vom russischen Gas beträgt 100%.

Die serbische Regierung geht davon aus, dass mit dem Verkauf der defizitären Eisenhütte Smederevo an den chinesischen Stahlkocher Hesteel eine langfristige Geschäftstätigkeit in Serbien verbunden ist und damit auch eine große Anzahl von Arbeitsplätzen gesichert wird. Experten vermuten, dass die **Volksrepublik China** deshalb ein besonderes Interesse an der Eisenhütte hat, um einen günstigen Zugang zum europäischen Markt zu haben. Der chinesische Autohersteller Dongfeng unterzeichnete 2009 ein Abkommen mit dem serbischen Fahrzeughersteller FAP zur Montage von Nutzfahrzeugen in Serbien und 2010 wurde das chinesische Handelszentrum Zmaj in Belgrad eröffnet.

Bedeutend sind die Investitionen Chinas in das Energiekraftwerk Kostolac, das einen wichtigen Beitrag zur Energieversorgung Serbiens leistet und die geplanten Investitionen in den Ausbau der Eisenbahnstrecke zwischen Belgrad und Budapest und in eine Autobahn, die Belgrad und die Adria miteinander verbinden soll. Über die Eisenbahnverbindung Belgrad – Budapest gehen Gerüchte, dass die technische Ausstattung ganz nach chinesischen Bauart erfolgen soll, so dass eine Kompatibilität mit europäischen Netzen auf Grund der unterschiedlichen technischen Standards und Ausstattung nicht ohne weiteres möglich sei und hier eine exklusive chinesische Verkehrsanbindung entstehe. Die Gesamtinvestition ist hier mit 3 Mrd. Euro benannt. Der Autobahnbau Belgrad – Adria betrifft in erster Linie Montenegro. Das Investitionsvolumen ist mit 380 Mill. Euro angegeben, die Montenegro als Kredit gewährt werden. Auch bei günstigen Rückzahlungsmodalitäten von 2 – 2,5% bei einer Laufzeit von 20 bis 30 Jahren, würde diese Summe den Staatshaushalt Montenegros massiv belasten und eine finanzielle Abhängigkeit von China zu Folge haben können.

Die guten Beziehungen zwischen der Republik Serbien und den **Vereinigten Arabischen Emiraten** basieren auf den umfangreichen Investitionen der VAE. So gehören 49% der serbischen Fluggesellschaft Air Serbia zur Fluggesellschaft Etihad. Der Vertrag über diese Zusammenarbeit wurde am 1. August 2013 vom damaligen ersten Vizepremierminister Serbiens Aleksandar Vucic und dem Präsidenten von Etihad James Hogan unterzeichnet. Weiterhin investierte das Unternehmen Al Ravafed in die Landwirtschaft Serbiens – den Vertrag über die gemeinsame Investition unterzeichneten der Wirtschaftsminister Serbiens Dusan Vujovic und der Exekutivdirektor des Unternehmens Al Ravafed Mahmoud Ibrahim Al Mahmoud am 4. Juli 2014. Eine Absichtserklärung der Regierung Serbiens und des Unternehmens Mubadala zur Produktion von Mikrochips unterzeichneten der damalige Erste Vizepremierminister der Republik Serbien Aleksandar Vucic und der Generaldirektor des Unternehmens Mubadala Khaldoon Al Mubarak am 3. Oktober 2013 in Belgrad. Gemeinsame Investitionen des Landwirtschaftsunternehmens Al Dahra wurden mit der Unterzeichnung des Vertrags durch den Minister für Wirtschaft und Finanzen Mladan Dinkic und dem Generaldirektor von Al Dahra Hamad Saeed Al Chamsi am 28. März 2013 in Abu Dhabi offiziell gemacht. Das größte arabische Engagement ist das Städtebauprojekt Belgrade Waterfront des Unternehmens Eagle Hills. Belgrade Waterfront entwickelt in den nächsten drei Jahren mit einem geplanten Investitionsvolumen von 3 Mrd. Euro eine große Eisenbahnbrücke an der Donau in Belgrad. Das Projekt ist bis heute bei Städteplanern und großen Teilen der Zivilgesellschaft in Belgrad sehr umstritten. Kritisiert wird, dass es an der Planung so gut wie keine öffentliche Beteiligung gab, die Verkaufsverhandlungen und das Vertragswerk öffentlich ebenfalls nicht bekannt sind und es zu gesetzeswidrigen Enteignungen gekommen sein soll. Besonders kritisch wird die Räumung von einigen Gebäuden auf dem Gelände der Baustelle in der Nacht zum 24. April 2016 gesehen. Vermummte bedrohten und vertrieben die Menschen aus den Gebäuden und schoben die Gebäude mit Bulldozern zusammen. Die zu Hilfe gerufene Polizei reagierte nicht. Schuldige wurden bis heute nicht gefunden, politisch Verantwortliche nicht zur Verantwortung gezogen. Für die Entwicklung der Rechtsstaat-

lichkeit ist der Umgang mit diesem Fall ein wichtiger Prüfstein für Serbien. Zur finanziellen Absicherung des Engagements der VAE wurde die Mirabank als erste Bank der VAE in Serbien gegründet.

Die **Türkei** ist ein wichtiges Transitland für Gas, die Region hängt auch von den Durchleitungen durch die Türkei ab. Insbesondere im Textilbereich hat die Türkei in Serbien, besonders im Sandzak investiert und türkische Firmen stellen in dieser Region die größte Anzahl von Arbeitsplätzen zur Verfügung. Die Direktverbindungen von Turkish Airlines nach Podgorica und Tivat sind für den Tourismus in Montenegro von Bedeutung, die Verbindungen nach Belgrad dienen neben dem Tourismus, dem Transit in die Türkei und weiteren arabischen Staaten. In Montenegro hat das türkische Unternehmen Toscelik die notleidende Eisenhütte in Niksic gekauft, eine der wenigen größeren Industriekomplexe des Landes.

### Welche Akteure können als Gegner oder Gleichgesinnte eingestuft werden?

Sowohl der Präsident Aleksandar Vucic als auch die Ministerpräsidentin Ana Brnabic haben und pflegen enge Verbindungen in die **Vereinigten Staaten**. Häufige Besuche von Aleksandar Vucic in seiner Zeit als Ministerpräsident und auch erste Reisen in seiner jungen Amtszeit als Präsident belegen dies. Die Ministerpräsidentin hat in den Vereinigten Staaten studiert und äußert sich öffentlich positiv über gute Beziehungen zu den USA.

Die EU arbeitet eng mit den amerikanischen Institutionen zusammen und beide verfolgen in Serbien und Montenegro gemeinsame Ziele.

Russland steht in eindeutiger Gegnerschaft zu den USA, was sich besonders in der militärischen Zusammenarbeit widerspiegelt, die Türkei ist auch kein Freund der USA in der Region. Ein machtvoller innenpolitischer Gegner der USA ist die orthodoxe Kirche in der hochrangige Vertreter das westliche Lebensmodell kategorisch ablehnen und über sehr gute politische Kanäle direkt als auch über Moskau verfügen.

Die Gegner der **Russischen Föderation** in Serbien und Montenegro sind die EU, die USA und die Türkei. Die Türkei sieht den westlichen Balkan als eigenes sicherpolitisches Interessensgebiet an, die USA und die EU engagieren sich für die Integration der Region in das westliche Wertebündnis.

Unterstützt wird Russland in Serbien von der orthodoxen Kirche, der prorussischen Bevölkerung und Politikern aus unterschiedlichen Parteien.

Russland wird überall dort versuchen Einfluss zu nehmen wo andere Akteure Raum lassen. Wenn die EU in der öffentlichen Darstellung ihres Engagements in Serbien kaum sichtbar ist, dann wird dies durch eine hohe Präsenz Russlands ersetzt. Auch der öffentliche Dialog zwischen den unterschiedlichen Akteuren wird deutlich registriert. Größere Anstrengungen der EU im Bereich der Medien, Radio, Fernsehen, Zeitungen würden zur positiven Wahrnehmung deutlich beitragen. Aus Sicht der KAS kann die besondere Situation Serbiens durch einen Dialog Deutschland – Serbien – Russland genutzt werden, da Deutschland derzeit das einflussreichste Land in Serbien ist.

Eine offene Gegnerschaft zur **Volksrepublik China** ist in Serbien und Montenegro derzeit nicht erkennbar. Begrüßt wird die chinesische Politik von der serbischen Regierung,

so erklärte die neue Ministerpräsidentin Ana Brnabić: „China hat uns im Zentrum seines globalen Projektes positioniert, an welchem die ganze Welt interessiert ist. Am Tag der Amtseinführung des Präsidenten sprach ich mit fünf Investoren aus China, die sagten, Serbien sei sehr wichtig für dieses Projekt.“ Die Zusammenarbeit zwischen den Ländern Zentral- und (Süd-)Osteuropas hängt auch von den Positionen der EU gegenüber China ab, hauptsächlich von den Ländern Westeuropa, da die Zielrichtung der chinesischen Politik auf dem Balkan bisher vor allem die Verkehrsinfrastruktur und Handelsinteressen gerichtet ist.

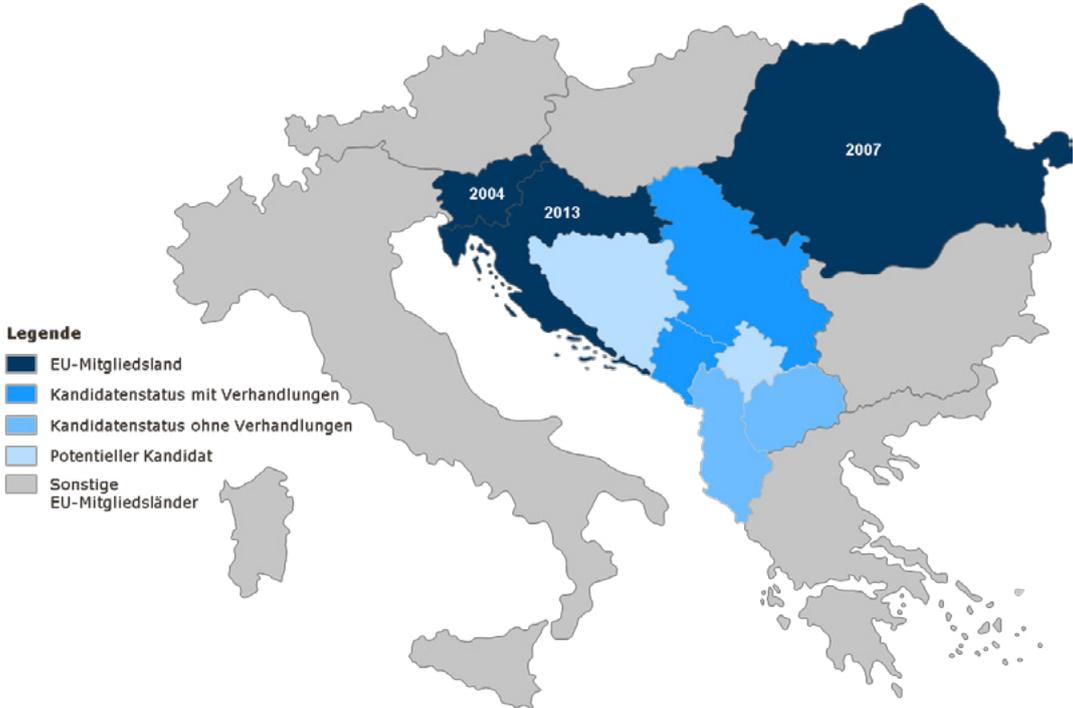
Die **Vereinigten Arabischen Emirate** haben in erster Linie Teile der Öffentlichkeit vor dem Hintergrund des Belgrade Waterfront Projektes gegen sich. Das Ansehen der VAE ist durch Vorwürfe wie mangelnde Transparenz, Korruption und der fehlenden öffentlichen Debatte geprägt.

Paradox ist, dass die VAE die Unabhängigkeit des Kosovo unterstützen und auch bedeutende wirtschaftliche Hilfe für das Kosovo leisten, gleichzeitig aber ein wichtiger strategischer Partner Serbiens sind.

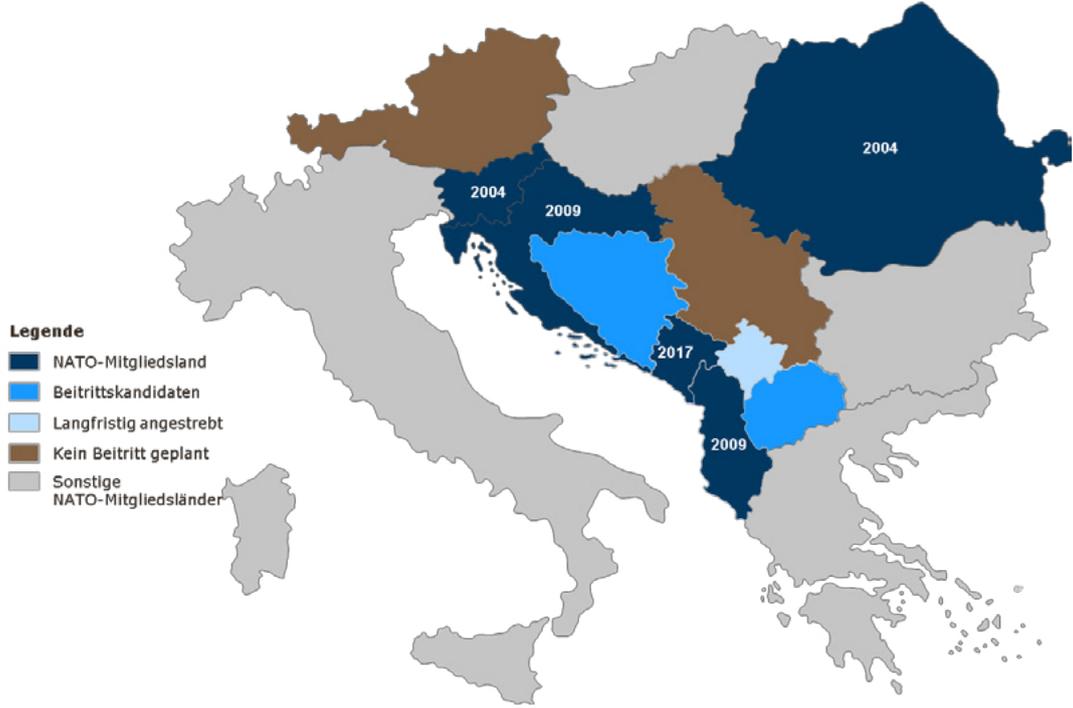
Gegner der **Türkei** in Serbien und Montenegro ist in erster Linie Russland auf Grund der sicherheitspolitischen Interessen und Einflussphären beider Länder. Die Türkei setzt auf eine Politik des Vertrauens gegenüber den Bosniaken und Albanern, ist hier aber kritisch gegenüber den USA eingestellt, da sie hier die größte Gegnerschaft ihres religiösen Engagements sieht. Die Partnerschaft in der NATO und das gemeinsame sicherheitspolitische Bemühen sind davon unberührt. Im Bereich des religiösen und kulturellen Einflusses steht die Türkei in Gegnerschaft zu den arabischen Staaten. Die verschlechterten Beziehungen der Türkei zu ihren traditionellen Partnern in der EU machen sich auch in Serbien bemerkbar, der Meinungs- und Abstimmungen zu gemeinsamen politischen Fragen werden derzeit nicht einfacher.

# Der geopolitische Kontext

## EU-Erweiterungsprozess auf dem Balkan



## NATO-Erweiterungsprozess auf dem Balkan



## **Ansprechpartner:**

### **Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

#### **Florian C. Feyerabend**

Referent Südosteuropa / Westlicher Balkan  
Europäische und Internationale Zusammenarbeit  
Team Europa / Nordamerika

Telefon: +49 30 26996-3539

E-Mail: [florian.feyerabend@kas.de](mailto:florian.feyerabend@kas.de)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

## **Impressum:**

Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2018, Sankt Augustin/Berlin



Diese Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)

Satz: Janine Höhle, KOM, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.